

Politischer Jahresbericht

Nigeria 2005/2006



Nigeria

Länderbüro Nigeria, Juli 2005-Juli 2006

Dr. Axel Harneit-Sievers

Heinrich-Böll-Stiftung
Länderbüro Nigeria
9b, Omo Osagie St.
off Okotie Eboh St.
S/W Ikoyi, Lagos, Nigeria
Leitung: Dr. Axel Harneit-Sievers
Fon: +234-1-47 21 465
E-Mail: info@boellnigeria.org
Homepage: www.boellnigeria.org

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Aufstieg und Fall des <i>third term bid</i>	3
2. Politik der Antikorruption und Transpa- renz	6
3. Wirtschaft: Erfolge, Alllasten, Wider- sprüche.....	10
4. Gewaltkonflikte: „Karikaturen-Unruhen“ und Niger Delta-Krise.....	13
Ausblick	18

Zusammenfassung

Trotz guter makroökonomischer Daten, anhaltend hoher Ölpreise und sichtbarer Reformerfolge in einzelnen Bereichen von Wirtschaft und Politik beherrscht die Feststellung, die „Demokratiedividende“ sei ausgeblieben, noch immer den politischen Diskurs in Nigeria. So gibt es eine eklatante Diskrepanz zwischen dem Reform- und Modernisierungsdiskurs der nigerianischen Bundesregierung und der Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Situation durch die Mehrheit der nigerianischen Bevölkerung. Auch wenn in einzelnen Sektoren und Regionen regelrechte Boom-Phänomene erkennbar wurden, ist die Armut im Land kaum oder gar nicht zurückgegangen. Dies stellte auch den Hintergrund für zahlreiche gewaltsame Konflikte dar, die in verschiedenen Konstellationen mit nationaler Politik und regionalen und lokalen Sonderinteressen verknüpft waren. Die Kontroverse um die in einer dänischen Zeitung veröffentlichten Mohammed-Karikaturen führte in Nigeria Ende Februar 2006 zu schweren ethnisch-religiösen Ausschreitungen, denen Hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Die Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften, Ölgesellschaften und dem nigerianischem Staat in den erdölproduzierenden Bundesstaaten des Niger Delta verschärften sich seit Dezember 2005 erneut. Angriffe auf Ölanlagen, Entführungen ausländischer Mitarbeiter von Ölgesellschaften, Bombenanschläge (ein Novum in Nigeria) und die generelle Unsicherheit im Delta legten Mitte 2006 rund ein Drittel der nigerianischen Ölproduktion lahm. Sie verdeutlichen einen dramatischen Kontrollverlust des nigerianischen Staates und seiner Sicherheitskräfte in dieser Region.

Die Politik der letzten zwölf Monate glich einer Achterbahnfahrt. Die von Präsident Obasanjo im Frühjahr 2005 einberufene *National Political Reforms Conference* (NPRC), die von einer Phase des engagierten nationalen Dialogs begleitet worden war und zahlreiche detaillierte Vorschläge zur Reform der nigerianischen Verfassung erarbeitet hatte, endete im Juli 2005, ohne einen Konsens in zwei zentralen Konflikten um die Ressourcen- und Machtverteilung in Nigeria zu erreichen: der Frage nach der Höhe des Anteils aus den Erdöleinnahmen, die an die produzierenden Regionen zurückfließt, und die Frage der Amtsdauer und Anzahl der Amtsperioden für Präsident und Gouverneure.

Seit Herbst 2005 bestimmten die Auseinandersetzungen um den *third term bid* das politische Tagesgeschehen. Es handelt sich hierbei um eine Verfassungsänderung, die dem Präsidenten und den Gouverneuren bei den für das Frühjahr 2007 anstehenden Wahlen die Kandidatur für eine dritte Amtszeit erlaubt hätte. Während Präsident Obasanjo offiziell nie seine Absicht erklärte, überhaupt ein drittes Mal kandidieren zu wollen, erreichten die Kampagne für eine entsprechende Verfassungsänderung im Frühjahr 2006 ihren Höhepunkt. Begleitet wurde die Debatte von erheblichen finanziellen „Anreizen“ für die Mitglieder des Parlaments, einer Änderung zuzustimmen, Drohungen gegen Abweichler, massivem Widerstand der Öffentlichkeit sowie internationalen Warnrufen, Nigeria steuere auf einen Fundamentalkonflikt zu, der in Chaos und Gewalt enden könne.

Am 16.5.2006 lehnte der Senat, die zweite Kammer des nigerianischen Bundesparlaments, eine Verfassungsänderung überraschend schnell und eindeutig ab. Der sichtlich getroffene Präsident erklärte darauf hin, diese Entscheidung sei ein Gewinn für die Demokratie. Zwar wollen seither die Unkenrufe nicht verstummen, Obasanjo könne den Wahlen im Frühjahr 2007 noch Stolpersteine in den Weg legen und – etwa nach aufkommenden Unruhen – den Ausnahmezustand erklären, um sich trotz allem eine Verlängerung seiner Amtszeit zu verschaffen. Dennoch kann die Ablehnung der Verfassungsänderung als großer Erfolg für die politische Kultur des Landes gelten – denn sie hat auch den zahlreichen Zynikern in Nigeria verdeutlicht, dass selbst die Macht und das Geld eines nigerianischen Präsidenten und seiner Unterstützer nicht ausreichen, eine sehr unpopuläre Maßnahme durch Manipulation der politischen Instanzen durchzusetzen.

Zur Jahresmitte 2006, nach dem Ende des *third term bids*, entstand plötzlich eine erfreulich offene Situation, in der die Öffentlichkeit Optionen für die Obasanjo-Nachfolge breit diskutierte und zahlreiche Entwicklungswege möglich erschienen – bis hin zu einem Ende des bislang sicher erscheinenden Machtmonopols der *People's Democratic Party* (PDP) auf Bundesebene durch Spaltung der Regierungspartei. Tatsächlich führten Spannungen innerhalb der PDP um die Kandidaten-Vorauswahl für die Präsidentschaftskandidatur Anfang Juni zu einer Fraktionsbildung, die auch mit juristischen Mitteln ausgetragen wurde und deren Ergebnis noch nicht absehbar ist. Ebenso wenig lassen sich derzeit die Erfolgchancen einiger Parteineugründungen abschätzen. Doch obwohl im Juni 2006 einige durch massive Korruptionsvorwürfe belastete „alte Herren“ wie Vizepräsident Atiku Abubakar und die ehemaligen Militärherrscher Ibrahim Babangida und Muhammadu Buhari nach wie vor starke Thronprätendenten waren, so erschien es doch möglich, dass auch ein Kandidat aus der jüngeren Generation – etwa einer der effektiveren Gouverneure aus Nord-Nigeria – zum Kandidaten der nach wie vor stärksten Partei PDP in den Wahlen im Frühjahr 2007 werden könnte.

1. Aufstieg und Fall des *third term bid*

Spekulationen und Warnungen hat es bereits seit 2004 gegeben – vor allem von Seiten der „professionellen Kritiker“ Obasanjos in Politik und Medien, aber auch von den im Kampf gegen das Militärregime der neunziger Jahre gestählten Menschenrechtsgruppen und politisch wachsamem Nichtregierungsorganisationen. Doch viele andere (einschließlich des Autors dieser Zeilen) konnten und wollten lange Zeit nicht glauben, dass Präsident Obasanjo tatsächlich den Versuch unternehmen würde, die nigerianische Verfassung zu ändern, um sich und den amtierenden Gouverneuren im Frühjahr 2007 eine Kandidatur für eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Denn allein die Tatsache der Kandidatur hätte, nach den Erfahrungen der von zahlreichen Unregelmäßigkeiten begleiteten Wahlen von 2003, ihm eine dritte Amtszeit gleichsam garantiert.

Vor allem ausländische Beobachter der nigerianischen Politik konnten sich lange nicht vorstellen, dass Obasanjo sein Renommee als international respektierter afrikanischer ‚Elder Statesman‘ für solch ein fragwürdiges Unterfangen aufs Spiel setzen würde. Andere Staatsführer Afrikas, so jüngst Yoweri Museveni in Uganda, beschädigten ihr Ansehen und die Glaubwürdigkeit demokratischer Übergangsprozesse in Afrika durch derartige Schritte erheblich. Dabei hat Nigeria auch 2005-06 sein bereits traditionell gutes außen- und regionalpolitisches Profil unter Beweis gestellt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 5.5.06 in Abuja ein Friedensabkommen für Darfur (Sudan) geschlossen, das allerdings von mehreren Rebellengruppen abgelehnt wurde.

Nach internationalem Druck stellte Nigeria die Auslieferung des ehemaligen liberianischen Warlords und Präsidenten Charles Taylor an die internationale Gerichtsbarkeit sicher; Taylor hatte sich seit einem durch Obasanjo 2003 vermittelten Friedensschluss in Calabar (Cross River State) im Exil befunden und am 27.03.06 versucht, seiner Auslieferung im letzten Moment durch Flucht nach Kamerun zu entgehen. Nach zahlreichen Verzögerungen, die vor allem auf den Widerstand der dort ansässigen nigerianischen Bevölkerung zurückgehen, erreichten die Präsidenten Nigerias und Kameruns am 13.6.06 eine Übereinkunft über den in Nigeria selbst sehr umstrittenen Rückzug der nigerianischen Armee von der Bakassi-Halbinsel, die der Internationale Gerichtshof 2002 Kamerun zugesprochen hatte.

In diesen und anderen Bereichen machten die nigerianische Außenpolitik und insbesondere Präsident Obasanjo eine gute Figur. Um so schwerwiegender war auch der internationale Imageverlust, als sich seit Herbst 2005 der Eindruck immer weiter verdichtete, Obasanjo wolle die Verfassungsänderung tatsächlich

durchsetzen. Dabei vermied der Präsident bis zum Schluss eine offene Ankündigung, er wolle für eine dritte Amtszeit kandidieren. Vielmehr blieb es den politischen Freunden des Präsidenten, der Parteimaschinerie der PDP und einer unübersichtlichen Zahl von im Hintergrund wirkenden Akteuren überlassen, eine Kampagne für eine dritte Amtszeit zu inszenieren. Es gibt in der jüngeren nigerianischen Geschichte durchaus Vorbilder für solch manipulative Taktiken, die den „Boden“ für ein umstrittenes politisches Projekt vorbereiten und austesten, ohne den hauptsächlichen Nutznießer offiziell damit in Verbindung zu bringen.

Auch andere politische Schwergewichte wie der ehemalige Militärdiktator Ibrahim Babangida werden seit langem in der öffentlichen Debatte Nigerias als Kandidaten für die Nachfolge Obasanjos gehandelt, ohne sich je offiziell erklärt zu haben. Doch was nach nigerianischen Maßstäben durchaus noch als „normale“ politische Kampagne begann, endete als Farce, die das Image des Präsidenten schwer beschädigte und im Frühjahr 2006 zumindest phasenweise den Eindruck entstehen ließ, Nigeria befinde sich vor dem Abgrund – vor dem Zusammenbruch der Demokratie, vor einem Militärputsch, oder gar vor einem Bürgerkrieg.

Warum Präsident Obasanjo den *third term bid* überhaupt verfolgte, und warum er ihn angesichts des offenkundigen und wachsenden Widerstands in Nigeria und im Ausland nicht früher abbrach, war Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Das Spektrum der Erklärungen reicht von „Altersstarrsinn“ bis hin zur Unterstellung, der Präsident – immerhin ein früherer Militärherrscher – sei im Grund seines Herzens doch ein Autokrat geblieben. In jedem Fall verweist der Lauf der Ereignisse auf ein gravierendes Fehlen von Feedback-Mechanismen im Präsidentenbüro, die auf den heftigen öffentlichen Widerstand hingewiesen hätten.

Direkte Vorbereitungen für die Verfassungsänderungen begannen im Herbst 2005. Ein Komitee unter Vorsitz des stellvertretenden Senatspräsidenten Ibrahim Mantu erarbeitete in einem langwierigen Prozess das Änderungspaket, das in einer Serie von öffentlichen Hearings Anfang März öffentlich zur Diskussion gestellt werden sollte. Über die Details der Arbeit des Mantu-Komitees gab es lange Zeit mehr Mutmaßungen als handfeste Informationen, allerdings gingen alle Beobachter davon aus, dass eine Vergrößerung der Zahl möglicher Amtszeiten für Präsident und Gouverneure am Ende stehen würde. Bevor die Hearings in allen sechs geopolitischen Zonen überhaupt durchgeführt werden konnten, eskalierten am 18.2.06 an zwei der geplanten Standorte in Nord-Nigeria, in Maiduguri und Katsina, Demonstrationen zu Gewaltausbrüchen. Den Ausschreitungen, in denen der Protest gegen die

in Dänemark veröffentlichten Mohammed-Karikaturen eine brisante Mischung mit der Kritik am *third term bid* einging, fielen Dutzende von Süd-Nigerianern und Christen zum Opfer (vgl. Abschnitt 4).

Während die Hearings das von ihren Veranstaltern orchestrierte Ergebnis lieferten, war die öffentliche Meinung massiv gegen eine Verfassungsänderung. Bereits eine in den letzten Monaten des Jahres 2005 durchgeführte Meinungsumfrage der renommierten Forschungsgruppe „Afrobarometer“ hatte gezeigt, dass 84% aller Nigerianerinnen und Nigerianer eine dritte Amtszeit ablehnten – und zwar beinahe unabhängig von ihrer regionalen oder ethnischen Herkunft.¹ Die privaten Print- und elektronischen Medien bezogen fast geschlossen gegen den *third term bid* Stellung.

Die um die Pro-National Conference Organisation (PRONACO) organisierte „außerparlamentarische Opposition“, die neben bekannten Aktivisten wie Wole Soyinka auch eine Reihe radikaler ethnischer Organisationen umfasst, lehnte den *third term bid* eindeutig ab und begann ab dem 3.4.06 ihre eigene „alternative“ Nationalkonferenz. Doch blieb PRONACO aufgrund interner Führungsstreitigkeiten in den Auseinandersetzungen eher eine Randgröße, ebenso wie der Nigerian Labour Congress (NLC), der erst in seiner Erklärung zum Maifeiertag 2006 den *third term bid* in aller Deutlichkeit ablehnte.

Unter den politischen Eliten war das Bild weniger eindeutig. Der stärkste Widerstand kam aus dem Norden, dessen politische Führer darauf beharren, die Präsidentschaft müsse - nach zwei Amtsperioden eines Yoruba aus dem Südwesten - 2007 wieder an den Norden fallen. Allerdings unterstützten –aus Machtkalkül- auch Parlamentarier und selbst einige Gouverneure aus dem Norden den *third term bid*. Dagegen sah und sieht sich Vizepräsident Atiku Abubakar, seit langem einer der stärksten innerparteilichen Gegner Obasanjos, als Aspirant auf dessen Nachfolge; einige seiner Gefolgsleute verließen die PDP und registrierten am 31.1.06 eine neue Partei, den Advanced Congress of Democrats (ACD). Die PDP-Gouverneure standen unter starkem Druck der Parteiführung und wurden teilweise durch Antikorruptionsermittlungen auf Linie gebracht (siehe Abschnitt 2). Gouverneure aus den (in der politischen Geographie Nigerias als „South-South“ bezeichneten) südlichen Minoritätengebieten verhielten sich zumeist loyal zu Obasanjo, obwohl einige von ihnen selbst als potentielle Kandidaten für die Präsidentschaftskandidatur gehandelt wurden. Dies gilt insbesondere für Peter Odili (Rivers State), der nach dem Scheitern der Verfassungsänderung mit Obasanjos Unterstützung für eine eigene Kandidatur rechnen kann.

Die konsistentesten Gegner im politischen Establishment bildeten die den Oppositionsparteien angehörigen Gouverneure in Lagos und einigen nördlichen Bundesstaaten, sowie einige integre Abgeordnete beider Kammern des Parlaments (z.B. der profilierte Senator Udo Udoma aus Akwa Ibom), die sich von Anfang an eindeutig und aus prinzipiellen Gründen gegen einen *third term* aussprachen. Senatspräsident Ken Nnamani bewies trotz des großen Drucks, der auf ihn ausgeübt wurde, Integrität und stellte sicher, dass Debatte und Entscheidung des Senats ordnungsgemäß stattfinden konnten.

Die formellen Anforderungen an eine Verfassungsänderung waren erheblich: für eine Annahme wären Zweidrittel-Mehrheiten in beiden Häusern des Bundesparlaments und sowie in mindestens 24 der 36 Parlamente in den Bundesstaaten notwendig gewesen. Zwar kam es nie zur „Stunde der Wahrheit“, doch sah es in den ersten Monaten des Jahres 2006 tatsächlich ganz danach aus, als würden hinreichend viele Gouverneure – die ja selbst Gewinner der Verfassungsänderung gewesen wären – die Neufassung unterstützen und auch die von ihnen zumeist straff kontrollierten Parlamente in ihren Bundesstaaten entsprechend beeinflussen können. Dennoch erscheint angesichts der hohen formellen Hürden die Zuversicht, mit der seine Befürworter den *third term bid* verfolgten, als Ausdruck eines gleichsam unbegrenzten Vertrauens in die Manipulierbarkeit der parlamentarischen Institutionen Nigerias.

Tatsächlich wurde in der Hochphase der Auseinandersetzungen im April und Anfang Mai kolportiert, dass den Abgeordneten des Bundesparlaments hohe Summen (es war von 50 Mio. Naira – rund 300.000 Euro – pro Person die Rede) angeboten worden seien, um sie zur Zustimmung zur Verfassungsänderung zu bewegen. Zugleich standen die Abgeordneten wie noch nie zuvor unter intensiver öffentlicher Beobachtung: Fernsehstationen übertrugen Parlamentsdebatten tagelang live, und die großen Tageszeitungen veröffentlichten fast täglich Auswertungen der Redebeiträge und daraus erstellte Statistiken, die es seit der zweiten Aprilhälfte immer fraglicher erschienen ließen, dass der *third term bid* tatsächlich die erforderlichen Mehrheiten erhalten würde. Das Scheitern im Senat am 16.5.06 ist nicht nur deshalb als großer Erfolg für die demokratische politische Kultur des Landes zu werten, weil es durch breiten öffentlichen Widerstand erreicht wurde, sondern auch, weil es Grenzen der Korruptierbarkeit in den politischen Institutionen des Landes aufgezeigt hat.

Die von den Befürwortern des *third term bid* vorgebrachten Argumente waren simpel: Obasanjo sei ein erfolgreicher Präsident; die von ihm begonnene Reformpolitik sei fortzuführen; und niemand könne die dazu erforderliche Stabilität so garantieren wie er. Dabei beurteilt die Mehrheit der Bevölkerung die Auswirkungen dieser Reformpolitik zumindest sehr ambivalent, wenn nicht negativ (sie-

he Abschnitt 3). Aber auch viele derjenigen, die die Reformpolitik positiv sehen, lehnten den *third term bid* aus grundsätzlicheren Erwägungen ab: Er polarisiere das Land in gefährlicher Weise (so ein Editorial der New York Times); er personalisiere Reformpolitik, anstatt auf nachhaltige Reformierung und Stärkung von Institutionen abzielen (so Pat Utomi, ein bekannter „public intellectual“ und Professor der Lagos Business School); und er stelle eine aus reinem Machtkalkül erfolgende und daher unakzeptable Manipulation der Verfassung dar. Viele Kritiker sahen den *third term bid* ohnehin nur als Vorspiel einer von Obasanjo angestrebten Präsidentschaft auf Lebenszeit.

Das Argument der „Stabilität“ überzeugte – entgegen mancher im Vorfeld geäußerten Befürchtungen – auch die internationale Gemeinschaft nicht. Ausländische Diplomaten sahen die geplante Verfassungsänderung durchweg kritisch; die US-amerikanische Botschaft in Abuja erklärte dies Ende April sogar öffentlich. Der „organisierte Privatsektor“ Nigerias war grundsätzlich dem Argument der „Stabilität“ gegenüber eher aufgeschlossen, zog sich aber zurück, als die Breite des Widerstands deutlich und der Erfolg des *third term bids* immer fraglicher wurde. So sagte der Präsident der Manufacturers Association of Nigeria (MAN), Charles Ugwu, noch Ende Februar Obasanjo seine Unterstützung zu, doch distanzierte sich MAN später von dieser Feststellung als allein persönlicher Meinungsäußerung ihres Chefs.

Der Managing Director der Nigerian Breweries und Vorstandsmitglied der von führenden Unternehmern Nigerias im Frühjahr 2005 gegründeten Transcorp-Gruppe, Festus Odimegwu, wagte sich besonders weit hervor und ließ eine aufwändige Anzeigenserie zur Unterstützung des *third term bids* in der renommierten Tageszeitung „ThisDay“ schalten, die das Blatt nach wütenden Protesten bereits nach dem Tag des ersten Erscheinens (20.4.06) wieder einstellte. Dies kostete Odimegwu seine Anstellung bei Transcorp: Der Vorstand des Unternehmens, ohnehin im Verdacht, den *third term bid* des Präsidenten im Hintergrund zu finanzieren, schickte Odimegwu auf „Studienurlaub“, nachdem die Gruppe sich einer Welle von SMS-Boykottaufrufen gegen Produkte ihrer Mitgliedsfirmen ausgesetzt sah.¹¹ Auch diese Kampagne stellte ein Novum in Nigeria dar und belegt nicht zuletzt, wie die demokratische politische Kultur des Landes in der Auseinandersetzung mit dem *third term bid* gereift ist.

Es sind jedoch einige „Kollateralschäden“ zu verzeichnen: Der umstrittene Passus, der die Möglichkeit einer dritten Amtszeit für den Präsidenten und die Gouverneure beinhaltete, war nur einer unter zahlreichen Änderungsvorschlägen, die dem Parlament in einem einzigen Paket vorlagen. Darunter waren viele positiv zu wertende Neuregelungen, die über Jahre hinweg in Öffentlichkeit und

Parlament diskutiert worden waren, zum Beispiel die Einschränkung der Immunität vor Strafverfolgung im Amt, die in den vergangenen Jahren massiv missbraucht worden war, Änderungen im Wahlrecht, eine Erhöhung des nach dem „Derivationsprinzip“ an die ölproduzierenden Bundesstaaten umverteilten Anteils an den Öleinnahmen von 13 auf 18%, und viele andere mehr. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Lauf der vergangenen Jahre die Erarbeitung von Vorschlägen zur Verfassungsreform und Lobbyarbeit durch zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützt, unter anderem zu Fragen der Gender-Gerechtigkeit in der Verfassung, von denen z.B. einige auch im Sommer 2005 in die Empfehlungen der NPRC eingegangen sind. Die Zuspitzung der Debatte um den *third term* ließ jedoch keinerlei Raum für Differenzierungen mehr – mit der Ablehnung des Änderungspakets durch den Senat ist das Thema „Verfassungsreform“ zumindest bis nach den Wahlen 2007 von der aktuellen politischen Agenda verschwunden.

Politische Rechte und Menschenrechte

Die Auseinandersetzung um den *third term bid* war phasenweise begleitet von Maßnahmen gegen Oppositionsgruppen, die manche Beobachter an die Jahre der Militärherrschaft erinnerten. Ende März ließ die Bundesregierung das oppositionelle „Radio Freedom“ in Kano schließen und ging auch in der Folgezeit mehrfach gegen Journalisten und Medienunternehmen vor. Am 5.4.06 versuchte der Staatssicherheitsdienst SSS ein Treffen führender oppositioneller Politiker in Abuja zu verhindern. Selbst Vizepräsident Atiku Abubakar wurde von pro-*third term*-Demonstranten, die angeblich die Lagos-PDP organisiert hatte, am 8.4.06 in seinem Haus in Lagos und später am Flughafen unter Duldung der Polizei regelrecht „belagert“. Zwar stellten solche Ereignisse noch keine systematische Repressionskampagne gegen die Opposition dar; insgesamt ist der Raum für politische Meinungsfreiheit in Nigeria groß.

Allerdings bestehen noch immer formelle Einschränkungen: So verlangen staatliche Autoritäten aufgrund des Public Order Acts die Genehmigung von Demonstrationen und verweigern dies häufig, wenn es um als „politisch“ eingestufte Angelegenheiten geht. Dies führte erst jüngst zu Auseinandersetzungen zwischen der National Human Rights Commission (NHRC) und dem Parlament (Guardian, 12.6.06). Mitte Juni entließ die Bundesregierung den NHRC-Exekutivsekretär Bukhari Bello; zivilgesellschaftliche Organisationen sahen dies als Reaktion der Regierung auf kritische Äußerungen Bellos über Einschränkungen der Medienfreiheit in der *third term*-Debatte und forderten die Vereinten Nationen auf, Nigerias Mitgliedschaft im UN Human Rights Council zu suspendieren (Guardian 24.6.06).

Bereits vor Beginn der „heißen Phase“ der Auseinandersetzungen um den *third term bid* hatte die nigerianische Bundesregierung Schritte gegen radikalere Führer militanter ethnischer Organisationen eingeleitet. Am 20.9.05 wurde Mujahid Dokubo-Asari, der Führer einer Ijaw-Miliz im Niger Delta - die im Oktober 2004 die Bundesregierung mit Kriegsdrohungen herausgefordert, dann aber einen Waffenstillstand geschlossen hatte - verhaftet und wegen Hochverrats vor Gericht gestellt. Rund einen Monat später wurden Führer anderer militanter ethnischer Selbstbestimmungsgruppen – dem Odua People’s Congress (OPC) und dem Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra (MASSOB) – verhaftet und angeklagt; bis zum Juni 2006 wurde lediglich der OPC-Gründer Frederick Fasehun gegen Kaution aus der Haft entlassen.

Viele schwerwiegende (und zugleich alltägliche) Formen der Verletzung grundlegender Menschenrechte in Nigeria erfolgen allerdings weniger in Bezug auf politische Rechte, sondern im Verhalten der Sicherheitsorgane des Staates: bei der Polizei, deren Beamte bei rabiatischen Straßenkontrollen und dem Versuch, Geld von Autofahrern zu erpressen, immer wieder Personen erschießen und allenfalls in Ausnahmefällen dafür zur Rechenschaft gezogen werden; und in Gefängnissen, deren Insassen in aller Regel unter sehr schlechten Haftbedingungen leiden. Rund zwei Drittel der Häftlinge sitzen gar seit Jahren in Untersuchungshaft („awaiting trial“), ohne je einen Richter gesehen zu haben. Langjährige Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen (auch mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung), Verbesserungen in den Haftbedingungen bzw. eine Freilassung für jene Insassen zu erreichen, die bereits länger in Haft sind als ihre zu erwartende Strafe dauern würde, scheinen Wirkung zu zeigen: Zu Jahresbeginn 2006 kündigte Justizminister Bade Ojo Pläne an, langjährige Untersuchungshäftlinge zu entlassen und die Zahl der Inhaftierten in Nigeria von über 40.000 auf die Hälfte oder weniger zu reduzieren.ⁱⁱⁱ

2. Politik der Antikorrumpion und Transparenz

Die Obasanjo-Regierung war 1999 mit dem Anspruch angetreten, die Korruption im Lande energisch bekämpfen zu wollen. Sie schuf dazu zunächst die Independent Corrupt Practices Commission (ICPC) unter Vorsitz eines hochrangigen Richters, die allerdings ein weitgehend zahnloser Tiger geblieben ist. Seit seiner umstrittenen Wiederwahl im Frühjahr 2003 hat Obasanjo die Anti-Korruptionspolitik verstärkt. Nigeria konnte seither seine Position auf dem von Transparency International veröffentlichten Corruption Perception Index – einem langsam reagierenden Messinstrument, das auch externe Beobachtungen integriert – marginal verbessern.

Die Wahrnehmung im Land selbst ist sehr gespalten. Einerseits ist nach wie vor der Eindruck verbreitet, Korruption sei in Nigeria allgegenwärtig. Der vom Independent Advocacy Project (Lagos) erstellte „Nigeria Corruption Index 2005“ identifizierte – wenig überraschend – Polizei, Zoll sowie das staatliche Stromversorgungsunternehmen als diejenigen Einrichtungen, bei denen die nigerianische Bevölkerung am häufigsten Bestechungsgelder entrichten muss. Andererseits hat die Regierung Obasanjo bei aller verbreiteten Kritik einige bemerkenswerte Erfolge in der Korruptionsbekämpfung erzielt.

Die wichtigsten Maßnahmen der Regierung umfassen zwei Bereiche: erstens Strafverfolgung, vor allem durch die Economic and Financial Crimes Commission (EFCC), die bei hochrangigen Korruptionsfällen einige Erfolge aufzuweisen hat, und zweitens Reformmaßnahmen im Bereich Bundesbudget und Auftragsvergabe, die auf Verbesserung der Transparenz bei staatlichen Einnahmen und Ausgaben abzielen (dazu mehr in Abschnitt 3).

Die Economic and Financial Crimes Commission (EFCC)

Die EFCC war im Mai 2003 zur Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen eingerichtet worden, die die internationale Reputation Nigerias seit den neunziger Jahren zunehmend beschädigt haben und zu einem regelrechten Hemmnis für ausländische Investitionen geworden sind, welche die Regierung Obasanjo mit erheblichem Einsatz einzuwerben sucht. Der direkt vom Präsidenten ernannte Chef dieser Sondereinheit ist Nuhu Ribadu, ein vierzigjähriger Polizeibeamter, dem auch scharfe Kritiker der Obasanjo-Regierung wie der Menschenrechtsanwalt Gani Fawehinmi Effektivität und Unbestechlichkeit bescheinigen.

Die EFCC erzielte gleich nach ihrer Einrichtung einige spektakuläre Erfolge im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität. So wurden einige bekannte Großbetrüger, die sich jahrelang der Strafverfol-

gung entzogen hatten, festgenommen und vor Gericht gebracht. Geschädigten wurden erhebliche Geldbeträge zurückerstattet. Im Frühjahr 2005 begann die EFCC auch verstärkt gegen hochrangige Politiker und Beamte vorzugehen. So wurde der vormalige Polizeichef Tafa Balogun unter dem Vorwurf, mehrere Milliarden Naira veruntreut zu haben, verhaftet und in Handschellen vor laufenden Fernsehkameras vor Gericht geführt. Bald darauf verlor Bildungsminister Fabian Osuji sein Amt, weil er sich ‚gezwungen‘ gesehen hatte, Parlamentsabgeordnete zu bestechen, die ansonsten das nationale Bildungsbudget gekürzt hätten. Diese und andere öffentlichkeitswirksame Beispiele für konsequentes Vorgehen gegen Korruption auf höchster Ebene sollten offenkundig nicht zuletzt der internationalen Gemeinschaft beweisen, dass die nigerianische Bundesregierung es mit den Reformen ernst meine; diese fanden alle in genau jenem Zeitraum statt, in dem sich Nigeria in Verhandlungen mit seinen Gläubigern befand. Die Regierung konnte durch diese Gespräche einen umfangreichen Schuldenerlass erwirken (siehe folgender Abschnitt).

In der zweiten Jahreshälfte 2005 begann die EFCC verstärkt Ermittlungen gegen einige amtierende Gouverneure durchzuführen, die zwar durch die Immunität ihres Amtes vor unmittelbarer Strafverfolgung geschützt sind, aber durch die Ermittlungen politisch unter Druck gesetzt werden konnten. Die Gouverneure der 36 Bundesstaaten stellen einen erheblichen Machtfaktor dar: zusammen mit den Lokalverwaltungen, die faktisch von den Gouverneuren weitgehend abhängig sind, kontrollieren sie fast die Hälfte der Mittel, die anhand des vor allem durch die Öleinnahmen gespeisten Federation Accounts umverteilt werden. Nenadi Usman, damals Staatsministerin im Finanzministerium, hatte die Gouverneure bereits im Mai 2004 beschuldigt, Teile der Finanzmittel im Monatsrhythmus außer Landes zu bringen – dies war Experten zufolge sogar an den kurzfristigen Wechselkursschwankungen der nigerianischen Währung ablesbar.

Das Finanzgebaren der meisten Staats- und Lokalverwaltungen ist nach wie vor sehr intransparent. Besonders dramatisch ist das Bild in vielen Bundesstaaten des Niger Delta, die nach den Regeln der „Derivation“ 13% der Einnahmen aus dem Erdöl, das auf ihrem Territorium gefördert wurde, erhalten. Im Rivers und Bayelsa Bundesstaat beliefen sich die Zuweisungen im Frühjahr 2006 auf rund 65-70 Millionen Euro pro Monat (vgl. auch Abschnitt 2).

Zwar ist eine generelle Verurteilung der Gouverneure ungerechtfertigt. Eine im Frühjahr 2006 abgeschlossene Studie der Nationalen Planungskommission („SEEDS Benchmarking“), deren zusammengefasste Ergebnisse in vielen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, wies deutliche Unterschiede in der Qualität der Regierungsführung zwischen verschiedenen Bundesstaaten

nach. Zugleich haben aber einige Gouverneure Beispiele für die schlimmsten Auswüchse der Korruption in Nigeria geliefert.

Der Gouverneur des Plateau State, Joshua Dariye, war 2004 in London wegen Verstoßes gegen das Geldwäsche-Gesetz einige Tage von der Polizei festgehalten worden, während in seinem Staat schwere ethnisch-religiöse Unruhen ausgebrochen waren, woraufhin Präsident Obasanjo im Plateau State für sechs Monate den Ausnahmezustand verhängt hatte. Trotz aller Beschuldigungen konnte Dariye nach Ende des Ausnahmezustands am 18.11.04 sein Amt weiterführen; das Parlament seines Bundesstaates erwies sich als loyal und lehnte ein Amtsenthebungsverfahren ab.

Ähnlich erging es dem Gouverneur des öltreichen Bayelsa State, Diepreye Alamieyeseigha: er wurde am 15.9.05 in London verhaftet nachdem die Polizei in seinem Londoner Haus hohe Bargeldbeträge ungeklärter Herkunft gefunden hatte. Alamieyeseigha verbrachte einige Tage im Gefängnis, wurde aber gegen Zahlung einer hohen Kautions und mit strikten Meldeauflagen auf freien Fuß gesetzt – und floh am 21.11.05 (angeblich in Frauenkleidern, wie in Nigeria süffisant bemerkt wurde) über Nacht zurück nach Bayelsa, um seine Absetzung durch das Parlament des Bundesstaates zu verhindern. Es nützte ihm nichts: Das Amtsenthebungsverfahren wurde mit Unterstützung der Bundesregierung durchgepeitscht, die Einheiten der Armee nach Bayelsa entsandte, um Angriffe von Parteigängern des Gouverneurs auf seine Gegner unter den Parlamentsmitgliedern zu verhindern. Unmittelbar nach seiner Absetzung am 9.12.05 wurde Alamieyeseigha verhaftet und befindet sich seither im Gefängnis. Seine Freilassung wurde von vereinzelt militanten Gruppen im Niger Delta gefordert, die ausländische Mitarbeiter von Ölgesellschaften entführt hatten.

In den letzten Monaten des Jahres 2005 gewann die nigerianische Öffentlichkeit allerdings verstärkt den Eindruck, Obasanjo setze das Instrumentarium der Antikorruptionspolitik – und speziell die EFCC – vor allem gegen Gouverneure ein, die sich seinem third-term bid widersetzen. In anderen Fällen hingegen, in denen massiver Korruptionsverdacht gegen enge Gefolgsleute des Präsidenten besteht (immer wieder genannt wurde der ehemalige Minister of Works und amtierende Vorsitzende des Kuratoriums (Board of Trustees) der Regierungspartei, Toni Anenih), wurde nichts unternommen. Markante Fälle, die diese Sichtweise unterstützen, waren das Vorgehen der Bundesregierung gegen Alamieyeseigha sowie die EFCC-Ermittlungen gegen die Gouverneure der Bundesstaaten Enugu und Plateau – alle von ihnen wurden als Kritiker des third-term bid wahrgenommen.

Der nach Ende des Ausnahmezustands in Plateau State wieder im Amt befindliche Gouverneur des Plateau State, Joshua Dariye,

stand besonders unter Druck. Er schlug zurück und verkündete öffentlich, die 1,6 Milliarden Naira (umgerechnet rund 10 Millionen Euro), die er 2003 aus dem Umweltfonds seines Bundesstaats abgezweigt habe, seien nicht in seine eigenen Taschen geflossen. Vielmehr habe die PDP damit ihren Wahlkampf in mehreren Bundesstaaten in Süd-Nigeria (und damit zumindest auch indirekt den des Präsidenten) finanziert (This Day 9.2.06). Dies ist nicht nachgewiesen, gilt jedoch als absolut glaubwürdig. Die Legitimität der Antikorruptionskampagne der Obasanjo-Regierung erlitt durch diese Verknüpfung mit den Machtstrategien des Präsidenten politischen Schaden.

Es bleibt abzuwarten, ob das Scheitern des third-term bid diesen Strategien wirklich ein Ende gesetzt hat. Angesichts der Erfahrungen der letzten Monate steht eher zu erwarten, dass auch die Positionierung der Kandidaten im jetzt anstehenden Wahlkampf erneut von Korruptionsansuldigungen und -ermittlungen begleitet sein wird. In einem politischen System, in dem Korruption quasi institutionalisiert ist und in dem wohl kein Präsident oder Gouverneur völlig ohne Einbindung in korrupte Netzwerke ins Amt gelangen und dort überleben (wohl aber durchaus sein Amt unterschiedlich gut führen!) kann, bleibt die Waffe der Antikorruptionskampagne ein machtvoll Instrument.

Transparenz-Politik

Die Aktivitäten der EFCC stellten 2005-06 wohl den öffentlichkeitswirksamsten Aspekt der Antikorruptionsmaßnahmen dar. Parallel dazu aber hat die Obasanjo-Regierung eine Reihe von Reformen eingeleitet, die dem Problem der Korruption strukturell beizukommen versuchen und zugleich zentrale Elemente der Wirtschaftsreform und der nigerianischen Entwicklungspolitik sind.

Diese Reformen gehen hauptsächlich auf das nach Obasanjos Wiederwahl 2003 ernannte „Wirtschafts-Kernteam“ zurück. Zu dieser Gruppe erfahrener Technokraten gehören vor allem Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala, zuvor Vizepräsidentin der Weltbank, die in einer überraschenden Kabinettsumbildung am 22.6.06 zur Außenministerin ernannt wurde, aber zugleich Chefin des „Wirtschafts-Kernteam“ bleibt; ihre enge Mitarbeiterin Nenadi Usman, die jetzt zur Finanzministerin befördert wurde; der Zentralbankchef Charles Soludo, ein Professor für Volkswirtschaft; sowie die vormalige Beraterin für Budget-Fragen und Kontrolle der öffentlichen Aufträge, Obiageli Ezekwesili, eine der Gründungsmitglieder von Transparency International, die zwischenzeitlich Ministerin für mineralische Rohstoffe (außer Erdöl) war und mit der jüngsten Kabinettsumbildung Bildungsministerin wurde.

Im Frühjahr 2004 hatte das Team das sog. National Economic Empowerment and Development Programme (NEEDS) vorgelegt, eine im Selbstverständnis „hausgemachte“ Alternative zu den Reformprogrammen der internationalen Finanzorganisationen, die manche Kritiker allerdings bloß als nigerianische Version der globalen „neoliberalen Agenda“ sehen. Das Paket umfasst zahlreiche Aspekte einer wirtschaftlichen Strukturreform, so zum Beispiel die Privatisierung der notorisch ineffizienten, durch jahrzehntelange Ämterpatronage herunter gewirtschafteten Staatsunternehmen, eine Reform des Bankensektors oder die Neustrukturierung des öffentlichen Dienstes. Zu diesem Paket gehören auch Maßnahmen, die auf verbesserte Transparenz bei den öffentlichen Finanzen und der Vergabe öffentlicher Aufträge abzielen. Antikorruptionsmaßnahmen unter dem Titel „Transparenz“ und die Wirtschaftsreformpolitik bilden zwei Seiten derselben Medaille: beide zielen auf die Schwächung neopatrimonialer Strukturen in den Institutionen des nigerianischen Staates ab, indem sie die Markt- und Konkurrenzmechanismen verstärken und zugleich verbesserte Rechenschaftslegung für staatliches Handeln einfordern.

Seit 2004 veröffentlicht das Finanzministerium die monatlichen Zuweisungen aus dem Federation Account, dem zentralen Umverteilungsmechanismus des fiskalischen Föderalismus in Nigeria, an die drei Ebenen des Bundes, der Staaten und der Local Government Areas (LGA).^{iv} Allein die Tatsache, dass solche Zahlen regelmäßig publiziert werden, kommt in einem Land, in dem öffentliche Finanzen traditionellerweise gleichsam als Privatangelegenheit des jeweiligen Amtsinhabers galten, einer mittleren Revolution gleich. Natürlich gibt es im Detail zahlreiche Ungereimtheiten – bis hin zur obersten Ebene der Politik. So bewegten im Mai 2005 Debatten über angebliche irreguläre Mittelentnahmen aus dem „excess crude“-Konto, (dem Konto für den Teil der Öleinnahmen, die den budgetierten Rahmen überschreiten und zunächst angespart werden) die Nation. Angesichts der hohen Ölpreise geht es dabei um Summen von mehreren Milliarden US-Dollar.

Auch bleibt die Überprüfung und Verwertung der Informationen zu den Staatsfinanzen durch die Öffentlichkeit schwierig. Dennoch hatte und hat die Veröffentlichung mehr als nur Symbolwert und beginnt Debatten über Rechenschaftspflicht öffentlicher Einrichtungen und ihrer Repräsentanten zu beflügeln. Zahlreiche lokale Organisationen haben begonnen, sich in Budget-Fragen kundig zu machen, ihre Lokal- und Staatsverwaltungen kritisch zu befragen und eigene Forderungen zu stellen. Dies funktioniert in verschiedenen Bundesstaaten unterschiedlich gut und ist vor allem von der Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Gouverneure abhängig.

Ein nationales Budget Transparency Network, gebildet von führenden Advocacy-Gruppen und unterstützt durch die Heinrich-Böll-Stiftung, erstellt fundierte Analysen des Bundesbudgets und schlägt ggf. Alternativen vor. Während „Budget-Monitoring“ auf allen Ebenen inzwischen ein regelrechtes Mainstream-Thema in der Zivilgesellschaftsförderung internationaler Geberorganisationen geworden ist, konzentriert sich die Heinrich-Böll-Stiftung inzwischen auf spezifischere Aspekte des Themas, wie etwa Trainingsprogramme zur Einbeziehung der Gender-Dimension in die Analyse und Diskussion öffentlicher Haushalte. Außerdem fördert die Heinrich-Böll-Stiftung Budget-Transparenz-Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen in den besonders kritischen Staaten des Niger Delta.

Traditionellerweise stellt die öffentliche Auftragsvergabe eine der Haupteinfallstore für korrupte Praktiken in Nigeria dar. Als Gründerin der Budget Monitoring and Price Intelligence Unit (BMPIU) beim Präsidentsamt hat die jüngst zur Bildungsministerin ernannte Obiageli Ezekwesili seit Ende 2003 die Einhaltung standardisierter Verfahren bei Ausschreibung, Vertragsgestaltung und Monitoring öffentlicher Ausgaben eingeführt. Dieses als „due process“ bekannte Regelwerk hat dem nigerianischen Staat vermutlich substantielle Fehlausgaben erspart und zumindest auf Bundesebene zu einer Abkehr von etablierten korrupten Praktiken geführt - auch wenn manche Auftragnehmer jetzt langwierige und bürokratische Verfahrensweisen beklagen.

Eine unabhängige Bewertung von Erfolgen und Grenzen des „due process“-Mechanismus liegt noch nicht vor, und die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt die Integrity Organisation (Abuja) bei der Erstellung einer Studie zu diesem Thema, deren Ergebnisse im Herbst vorliegen sollen. Durch einen weiteren innovativen Ansatz findet derzeit eine Auseinandersetzung mit der Frage statt, inwieweit öffentlich finanzierte Aufträge wirklich in die Praxis umgesetzt werden: Regierungsangestellte und Repräsentanten eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks führen seit Mai 2006 ein gemeinsames Monitoring ausgewählter Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Straßenbau durch. Diese Projekte hat die nigerianische Bundesregierung mit aus der Schweiz repatriierten Fluchtgeldern des früheren Militärdiktators Sani Abacha finanziert.

In diesem zwischen der Weltbank, den Regierungen Nigerias und der Schweiz sowie Nichtregierungsorganisationen aus diesen beiden Ländern koordinierten Unternehmen unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung die nigerianischen, in der „Stolenwealth Coalition“ organisierten Gruppen. Erste, im Juni 2006 vorliegende und noch sehr vorläufige Ergebnisse dieses Monitoring-Prozesses zeigen, dass nur knapp die Hälfte der untersuchten Projekte überhaupt vollständig realisiert wurde – dies ist sicher beklagenswert wenig,

aber doch mehr, als es der verbreitete Zynismus über Regierungshandeln in Nigeria nahe legt.

Eine Reihe weiterer Gesetzesvorlagen, die der Herstellung von Transparenz dienen – Gesetze zur öffentlichen Auftragsvergabe, zur Informationsfreiheit und zur fiskalischen Verantwortung – werden im Parlament diskutiert und scheinen eine realistische Chance zu haben, verabschiedet zu werden. Dies könnte nicht zuletzt zur institutionellen Festigung der Antikorruptionspolitik beitragen, die bislang nach wie vor von einzelnen Persönlichkeiten abhängt.

Die auch makroökonomisch wichtigste Dimension der Transparenz-Politik betrifft den Ölsektor. Nigeria beteiligt sich an der internationalen Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), die auf die Offenlegung der Finanzflüsse zwischen Rohstoffindustrien (z.B. Öl, Diamanten) und Regierungen in zahlreichen Ländern der Welt abzielt. Die ersten, im Frühjahr 2006 vorgelegten Berichte einer international renommierten Wirtschaftsprüfungsfirma zeigten im Zeitraum zwischen 1999 und 2004 Diskrepanzen zwischen den Zahlungen der Ölfirmen und den Einnahmen der nigerianischen Zentralbank in Höhe von insgesamt 232 Mio. US-Dollar, allerdings mit starken jährlichen Schwankungen. Solche Summen mögen auf den ersten Blick hoch aussehen, und in der Tat forderte Präsident Obasanjo, als ihm die Zahlen offiziell vorgestellt wurden, drastische Maßnahmen – ansonsten, so Obasanjo, würde die nigerianische Bevölkerung glauben, der Präsident selbst habe diese Gelder unterschlagen (ThisDay 4.5.06).

Allerdings können solche Differenzen möglicherweise auf Defizite der Abrechnungssysteme im Ölsektor zurückzuführen sein. Es bleibt festzuhalten, dass der direkte Diebstahl von Öleinnahmen (auf dem Weg zwischen Ölfirmen und Zentralbank) in Nigeria bei weitem nicht das Niveau von beispielsweise Angola erreicht. Nigeria nimmt bei den gegenwärtigen Ölpreisen Beträge von 100 Millionen US-Dollar oder mehr pro Tag ein; gemessen daran, wären von den Gesamteinnahmen der Jahre 1999-2004 allenfalls die Einnahmen einiger Tage nicht auffindbar. Unterschlagung und Verschwendung von Ölgeldern finden vorwiegend auf anderen Ebenen statt, nämlich während und nach der Verteilung der Einnahmen auf die verschiedenen administrativen Ebenen – durch direkten Diebstahl, durch Betrug bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und andere Mechanismen. Zivilgesellschaftliche Gruppen haben die nigerianische Publish What You Pay (PWYP)-Kampagne begründet, die den von der nigerianischen Regierung initiierten NEITI-Prozess begleitet und nicht zuletzt dabei helfen soll, die Ergebnisse dieser komplexen Sektoranalysen und ihre politischen und administrativen Implikationen breiteren Bevölkerungskreisen verständlich zu machen.

3. Wirtschaft: Erfolge, Altlasten, Widersprüche

Das Gesamtbild der nigerianischen Ökonomie blieb 2005-06 ambivalent. Guten makroökonomischen Gesamtdaten, einem hohen Ölpreis und Fortschritten bei der Wirtschaftsreform stand eine verbreitete Skepsis gegenüber, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes kaum Verbesserungen der Lebenssituation der Bevölkerung mit sich brachte.

Widersprüchliche Umfrageergebnisse

Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und Lebenssituation in Nigeria durch die Bevölkerung Nigerias selbst, erhoben durch „Afrobarometer“ in den letzten vier Monaten des Jahres 2005,^{vi} war voller Widersprüche: Zwischen 66 und 81% der Befragten beurteilten die Entwicklung der letzten fünf Jahre als negativ, was die Verfügbarkeit von Gütern und Beschäftigungsmöglichkeiten und die wachsende Diskrepanz zwischen Arm und Reich im Lande betrifft. Auch bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Landes während der letzten 12 Monate sah eine Mehrheit (53%) eine negative Entwicklung. Zugleich allerdings beschrieben immerhin 45% der Befragten ihre eigene Lebenssituation als „gut“ oder gar „sehr gut“, und weitere 15% als „weder gut noch schlecht“. Außerdem waren Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung von Optimismus geprägt: 58% der Befragten glauben an eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation im Lande, während 69% sogar eine Verbesserung der eigenen Lebensumstände innerhalb der nächsten 12 Monate erwarten.

Dieser Optimismus ist durchaus landestypisch. Zugleich ist es schwierig zu beurteilen, inwieweit diese Einstellung tatsächlich konkrete politische und wirtschaftliche Erwartungen reflektiert oder aber der sozio-kulturellen oder psychologischen Grunddisposition der nigerianischen Bevölkerung zuzurechnen ist.^{vii}

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum einerseits nur 20% der Befragten als Ergebnis der aktuellen Reformpolitik eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der breiten Bevölkerung des Landes sahen, andererseits jedoch 60% eine Fortführung der Reformen befürworteten (28% davon sogar „sehr stark“), auch wenn dies gegenwärtig zu Schwierigkeiten führe. Solche Widersprüche, in Bezug auf Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage und speziell Bewertungen der Wirtschaftsreformpolitik,^{viii} kontrastierten stark mit der klaren und konsistenten Ablehnung des *third term bids* von Präsident Obasanjo durch mehr als 80 % der Bevölkerung.

Ambivalente Daten und Trends

Die letzten von der nigerianischen Zentralbank veröffentlichten Wirtschaftsdaten beziehen sich auf das erste Quartal des Jahres 2006. Danach wuchs das Bruttoinlandsprodukt innerhalb dieses Drei-Monats-Zeitraums um 2,7%. Der Zuwachs, so die Zentralbank, gehe vor allem auf das sog. „Non-oil GDP“ zurück, welches um 4,8% gewachsen sei, während das „Oil GDP“ im selben Zeitraum um 2,5% zurückgegangen sei.^{ix}

Dies sind bemerkenswerte Zahlen in Zeiten hoher Ölpreise und massiver Investitionen in die Ölförderung in Nigeria und anderen Fördergebieten Westafrikas. Laut Aussagen des Group Managing Director der Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) plant die Regierung einen Ausbau der nigerianischen Produktionskapazität von derzeit rund 2,4 auf 4,5 Mio. Barrel pro Tag (bpd) im Jahr 2010 (ThisDay 10.12.05). Tatsächlich, so erklärten auch die Zentralbank und das zuständige Department of Petroleum Resources, mache sich inzwischen die Sicherheitskrise im Niger-Delta (vgl. dazu Abschnitt 4) auch makroökonomisch bemerkbar: Mitte 2006 lag eine Produktionskapazität von insgesamt rund 800.000 bpd, also rund einem Drittel der Gesamtkapazität, brach, was nach den gegenwärtigen Preisen Einnahmeverluste in der Größenordnung von rund 40 Mio. US-Dollar pro Tag bedeutet (Guardian, 14.6.06). Während das Problem in seinen Grundzügen seit langem bekannt war, waren Beobachter von der Größenordnung, die inzwischen auch nach offiziellen Angaben erreicht wurde, überrascht. Gegenüber den Auswirkungen von Sicherheitsproblemen sind, zumindest nach Darstellung der NNPC, die Verluste durch „oil bunkering“ (d.h. Diebstahl von Erdöl in industriellem Maßstab) Ende 2005 auf rund 30.000 bpd (gegenüber 100.000 bpd zwei Jahre zuvor) zurückgegangen (ThisDay 10.12.05).

Während die Ölproduktion in der ersten Jahreshälfte 2006 inmitten eines langfristigen Booms Krisenerscheinungen zeigt, deuteten die Daten der Zentralbank und Aussagen des Chief Economic Advisor to the President, Osita Ogbu, der Anfang Juni von einem jährlichen Wirtschaftswachstum von rund 6% (und 7-8% im Nicht-Öl-Bereich) in den letzten Jahren sprach (Business Day, 7.6.06), auf Expansion in anderen Sektoren hin. Doch angesichts der allgemein fragwürdigen Qualität statistischer Daten in Nigeria bleibt unklar, in welchen Sektoren dieses Wachstum eigentlich stattfindet. Bisweilen sind Einschätzungen zu vernehmen, dass die landwirtschaftliche Produktion zunimmt, doch bisher sind keine genauen Daten vorhanden, die derartige Vermutungen belegen. Aus dem industriellen Sektor können relevante Wachstumsziffern kaum

stammen, denn selbst der neueste, oben erwähnte Bericht der Zentralbank sprach von einem Rückgang in der industriellen Produktion um 0,2% im ersten Quartal 2006; diese negative Entwicklung dürfte nicht zuletzt auf die schwerwiegenden infrastrukturellen Defizite, vor allem in der Energieversorgung, zurückzuführen sein.

Die Angaben zur Kapazitätsauslastung der Industrie schwanken erheblich: Während Präsident Obasanjo Ende Januar davon sprach, die Kapazitätsauslastung der Industrie sei von 53% im Jahre 2004 auf etwa 70% im Jahr 2005 gewachsen (ThisDay 30.1.06), nannte die Manufacturers Association of Nigeria (MAN) im Herbst 2005 eine deutlich geringere Zahl von durchschnittlich 45%, allerdings mit erheblichen sektoralen Unterschieden (80% im Nahrungsmittel- und Getränkebereich gegenüber nur 5-18% bei den Herstellern von Textilien, Elektronik, Kunststoffwaren u.a.) (Guardian 30.9.05).

Zur gleichen Zeit sind die Anzeichen für – teilweise rasches – Wachstum und Investitionsschübe in bestimmten Sektoren des Nicht-Öl-Bereichs unübersehbar. Der erst 2001 liberalisierte Telekommunikationssektor boomt nach wie vor. Nach den neuesten, im Juni 2006 vom zuständigen Ministerium veröffentlichten Daten verfügt Nigeria derzeit über 22,9 Mio. Telefonanschlüsse, davon 21,5 Mio. Mobilgeräte. Die „Teledensity“ habe sich, so der Minister, innerhalb des letzten Jahres auf 18,2% verdoppelt; seit 1999 seien in Nigeria über 2 Mrd. US-Dollar in den Sektor investiert worden (ThisDay, 23.6.06).

Zusätzlich zu den bestehenden, stark ausgelasteten Flugverbindungen haben Fluggesellschaften aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Libyen und der Türkei Linienflüge nach Nigeria aufgenommen; zugleich baut Virgin Nigeria, seit Ende 2004 der neue private „national carrier“, seine Basis in Lagos zu einem Zentrum für den nationalen und internationalen Flugverkehr aus und eröffnet fast im Monatsrhythmus neue Linienflug-Verbindungen.

Die im Frühjahr 2005 – angeblich nach dem Vorbild südkoreanischer Chaebols – von dem Präsidenten nahestehenden Führern des nigerianischen Privatsektors gebildete Transcorp-Gruppe übernahm im Herbst 2005 das zuvor mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Abuja Hilton als Aushängeschild von „Corporate Nigeria“ (Guardian, 19.12.05) und war Ende Juni 2006 der Kandidat erster Wahl bei der Privatisierung des staatlichen Telekommunikationsunternehmens NITEL (Daily Trust, 28.6.06).

Seit 2004 entstehen zahlreiche neue Standorte des gehobenen Konsums – Malls, Kinos, Cafés – vor allem in Lagos und Abuja, doch auf einfacherem Niveau auch in anderen Städten. Dies gilt besonders für die ölproduzierenden Bundesstaaten, wo der Rückfluss

von Ölgeldern nach dem „Derivationsprinzip“ regelrechte Boomtowns hervorbringt: Yenagoa, die Hauptstadt des erst vor wenigen Jahren gegründeten Bayelsa State, ist zwar noch immer nicht ans nationale Stromnetz angeschlossen, und auch die stadteigene Gasturbine ist bereits vor langer Zeit ausgefallen. Doch das Leben tobt auch in der Nacht, beleuchtet durch Hunderte knatternder Generatoren und die solarbetriebenen Straßenlampen auf der Mitte der neuen vierspürigen, von zahllosen neuen Geschäften gesäumten Hauptstraße. In den letzten zwei Jahren vervierfachte sich die Zahl der Restaurants für gehobene Ansprüche in Yenagoa.X

Es ist deutlich, dass Nigerias neue Gewinne aus dem Öl-Boom nicht nur (wie oft vereinfachend behauptet) von der politischen Klasse gestohlen und ins Ausland transferiert wird; stattdessen wird ein substanzieller Anteil im Land selbst ausgegeben. Mangels zuverlässiger Daten bleibt es allerdings vorerst unmöglich, die Verteilungsdimension dieses Prozesses zu quantifizieren. Auch die Frage, inwieweit neben dem – offenkundigen – Konsum-Boom auch in relevantem Ausmaß produktive Investitionen im Land erfolgen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten. Ob Nigeria diesmal das Syndrom des „Ressourcenfluchs“, dem das Land seit Jahrzehnten zum Opfer gefallen ist, überwinden kann, ist völlig offen.

Verschiedene makroökonomische Indikatoren und Reformprojekte weisen zumindest in die richtige Richtung. Laut Zentralbank sank die Inflationsrate in den ersten Monaten des Jahres 2006 auf rund 12% (17,4% im gleitenden Durchschnitt der letzten 12 Monate), was allerdings noch immer über der durch die Regierung anvisierten Zielmarke liegt. Der traditionell stark inflationstreibende Benzinpreis wurde, wie von Obasanjo versprochen, nicht erhöht, was angesichts der hohen Ölpreise allerdings praktisch wieder eine Subventionierung bedeutet; der Schmuggel billigen nigerianischen Benzins in die Nachbarländer dauert an.

Die nigerianische Regierung hat bereits im Frühjahr 2005 einen großen internationalen Erfolg erzielt, indem sie mit dem „Pariser Club“ der internationalen Gläubiger einen Teil-Schuldenerlass von rund 60% der 30 Mrd. US-Dollar aushandelte; mit den seither erfolgten Zahlungen (darunter dem diskontierten Rückkauf von Restschulden), die Nigeria aufgrund hoher Devisenreserven problemlos finanzieren konnte, steht das Land Mitte 2006 international fast ohne Auslandsschulden da. Derzeit laufen Verhandlungen mit dem „Londoner Club“ über eine Restrukturierung von verbleibenden rund 1,8 Mrd. US-Dollar Schulden gegenüber Nigerias privaten Gläubigern. Auch wenn zwischenzeitlich sowohl Politiker als auch Nichtregierungsorganisationen Kritik an der Regierungsentcheidung übten, überhaupt Schuldenzahlungen ans Ausland zu

leisten, bedeutet diese Entschuldung einen bemerkenswerten Erfolg für den Präsidenten und seine Finanzministerin.

Die Zentralbank hat darüber hinaus Ende 2005 eine umfassende Konsolidierung des Bankensektors abgeschlossen, die eine ganze Reihe unterfinanzierter Banken zu Zusammenschlüssen oder zur Geschäftsaufgabe zwang. Die Entstehung eines runden Dutzends verbleibender, soliderer Banken – wenn auch von einiger Kritik im Detail begleitet – gilt unter Finanzexperten als wesentlicher Schritt nach vorn, der Bankdienstleistungen auch für den breiten Markt zugänglich macht und die nach wie vor hohen Zinssätze senken soll. Dass Nigeria am 23.6.06 aus der von der Financial Action Task Force der G8 geführten Liste der bei der Bekämpfung von Geldwäsche „nicht-kooperierenden Staaten“ gestrichen wurde, zeigt die Erfolge speziell der EFCC bei der Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen.

Im Kontrast zu diesen positiven Entwicklungen auf der Ebene volkswirtschaftlicher Globalsteuerung lassen sich in anderen Aspekten der nigerianischen Ökonomie kaum Fortschritte vermelden. Trotz zahlreicher Straßenbauprojekte bleibt die Verkehrsinfrastruktur schlecht. Zwei Flugzeugabstürze im Herbst 2005 mit über 200 Todesopfern und zahlreiche andere Schreckensmeldungen über die Flugsicherheitssituation machten deutlich, dass auch der intensiv genutzte Inlandsflugverkehr schwerwiegende Defizite aufweist.

Nach jahrelangen Versorgungskrisen bis 2004 scheint die Benzinversorgung recht stabil, auch wenn im Frühjahr 2006 wieder über lokale Verknappungen in verschiedenen Landesteilen berichtet wurde. Die relativ stabile Versorgung wird durch hohe und teure Kraftstoffimporte erreicht, denn die eigenen Raffinerien des größten Erdölexporteurs Schwarzafrikas sind nach wie vor nur in der Lage, etwa die Hälfte des nationalen Bedarfs zu erzeugen. Im April richtete die Regierung einen Fonds mit Mitteln in Höhe von 1,1 Mrd. US-Dollar zur Subventionierung von Benzinimporten durch private Firmen ein (ThisDay, 14.4.06).

Die Elektrizitätsversorgung war weiterhin katastrophal und erreichte Mitte 2006 neue Tiefpunkte; in Lagos konnte man sich glücklich schätzen, 6 oder 8 Stunden am Tag Strom geliefert zu bekommen. Obwohl die Bundesregierung angibt, seit 1999 rund 1,4 Mrd. US-Dollar in den Sektor investiert zu haben (ThisDay 25.5.06), stagnierte die effektiv einsetzbare Kapazität zur Stromerzeugung bei rund 3.500 oder 4.000 Megawatt, die tatsächliche Produktion fiel häufig noch darunter. Als Gründe für diese Dauerkrise werden überalterte Kraftwerke und Distributionssysteme sowie eine unzureichende Gaszufuhr (aufgrund von Sabotageakten an den Versorgungsleitungen oder auch schlechten Lieferverträ-

gen) genannt. Die ersten von mehreren geplanten privaten Kraftwerken (Independent Power Projects, IPP) wurden 2005 in Betrieb genommen; sie tragen inzwischen vielleicht zu einer regionalen Verbesserung der Versorgungssituation bei, doch ist von ihnen auf nationaler Ebene nichts zu spüren.

Die Regierung spricht weiterhin davon, bis Ende des Jahres 2007 eine Produktionskapazität von 7.000 oder gar 10.000 Megawatt erreichen zu wollen. Aber selbst wenn solche Werte erreicht werden sollten (was derzeit alles andere als sicher erscheint), bleibt fraglich, ob dies eine durchgreifende Verbesserung der Versorgungssituation mit sich bringen würde: Zum einen sind die Stromnetze in schlechtem Zustand, zum anderen könnte – analog zur Entwicklung des Telekommunikationssektors seit 2001 – bei verbesserter Verfügbarkeit elektrischer Energie der Bedarf weit über alle bisherigen Vorhersagen hinaus wachsen.

Neben den Benzinpreiserhöhungen der letzten Jahre stellt die katastrophale Stromversorgung den womöglich entscheidenden Grund dafür dar, dass die breite Bevölkerung keine relevante Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erfährt. Für große Unternehmen, die ihre Fertigungsanlagen inzwischen nur mehr mithilfe eigener Generatoren und ganzer Kraftwerke betreiben und allenfalls ihre Büros am öffentlichen Stromnetz belassen, bedeutet die Energieversorgungskrise eine Steigerung der ohnehin hohen Kosten des Standorts Nigeria. Für die Millionen von Kleinstunternehmern im informellen Sektor – den auf elektrische Werkzeuge angewiesenen Handwerker oder die Betreiberin einer Kneipe mit Fernseher und gekühlten Getränken – ist sie existenzbedrohend und allenfalls durch billigste (allerdings sehr laute, umweltschädliche und im Betrieb teure) chinesische Kleinstgeneratoren in Zweitaktbauweise (erhältlich bereits ab ca. 60 Euro) zu kompensieren.

Die zum 1.7.05 erfolgte Umwandlung des staatlichen Stromversorgers NEPA („Nigerian Electric Power Authority“, seit Jahren als „Never expect power always/again“ verhöhnt) in eine Holding-Gesellschaft, die privaten Investoren den Zugang zum Energiesektor erleichtern soll, hat bisher nicht zur Verbesserung der Lage geführt. Der Name der neuen Gesellschaft – „Power Holding Company of Nigeria“ (PHCN) – wird inzwischen populär als „Problem has changed name“ umgedeutet.

Die Regierung hat in der letzten Auktions- und Vergaberunde für Ölförderlizenzen die Vergabe einiger „oil blocks“ an Investitionszusagen für Infrastruktur-Großprojekte vor allem im Energiebereich verknüpft – und zwar im enormen Gesamtumfang von 20 Mrd. Dollar. Unter diesen Aufträgen war auch das erste große Engagement der chinesischen nationalen Ölgesellschaft (CNPC) in Nigeria. Sie erhielt vier „blocks“, darunter auch einen im Bereich des Tschadsees, in dem bisher keine kommerzielle Ölförderung

stattfindet; im Gegenzug übernimmt sie die Raffinerie in Kaduna und investiert 4 Mrd. US-Dollar in deren Modernisierung, in die Errichtung einer Äthanol-Produktionsanlage in Nord-Nigeria und den Ausbau des maroden Eisenbahnnetzes (Daily Trust, 28.4.06; Guardian, 23.5.06). Es bleibt abzuwarten, ob es der nigerianischen Regierung mit Hilfe dieser innovativen (und für Investoren wohl nur in Zeiten hoher Ölpreise attraktiven) Methode wirklich gelingt, das für die Rehabilitierung der nationalen Infrastruktur erforderliche Kapital aus dem Ausland zu erhalten. Welche langfristigen Folgen die aus solchem Vorgehen resultierende großflächige Privatisierung nigerianischer Infrastruktur in ausländischer Hand hätte, ist bislang noch nicht Gegenstand der Debatte in Nigeria.

Bislang konzentriert sich die Diskussion um Privatisierung von Staatsbetrieben in Nigeria vor allem auf zwei Aspekte – auf die unmittelbaren sozialen Folgen, speziell was die Sicherung der Arbeitnehmerrechte für die Angestellten der ehemaligen Staatsbetriebe betrifft, und auf den Mangel an Transparenz, von dem die Privatisierung einzelner Unternehmen begleitet waren. Dies war womöglich der Grund dafür, dass häufig Freunde des Präsidenten aus der Spitzengruppe der nigerianischen Geschäftswelt den Zuschlag erhielten. Eine differenziertere öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der Privatisierungspolitik – vor allem für Infrastruktur-Großprojekte – steckt noch in den Anfängen; das Länderbüro Nigeria der Heinrich-Böll-Stiftung hat seit 2003 die Durchführung einer Reihe von Studien und Bildungsveranstaltungen zu diesem Thema gefördert und unterstützt lokale zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Auseinandersetzung mit der Kommerzialisierung und (angestrebten) Teilprivatisierung der Wasserversorgung in Lagos. Dieser Themenkomplex wird in den nächsten Jahren wichtig bleiben bzw. weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Dringlichkeit des infrastrukturellen Ausbaus und seine Größenordnung bringt auch neue Zielkonflikte mit sich. Dies gilt besonders für ein schon vor Jahrzehnten angedachtes hydroelektrisches Großprojekt in den Bergen um das Mambilla-Plateau (Taraba State) an der Grenze zu Kamerun, dem Gebirgszug mit den höchsten Erhebungen Nigerias. Hier sollen mehrere Täler geflutet werden und ein Damm mit einer Elektrizitätsproduktion von bis zu 2.000 Megawatt entstehen. Im Oktober 2005 beschloss der Federal Executive Council, das Projekt mit chinesischer Hilfe voranzutreiben (ThisDay 20.10.06). Inzwischen wurde eine geologische und technische Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die der Präsident im November 2006 billigen soll. Die Hälfte eines 2 Mrd. US-Dollar umfassenden chinesischen Kredits, der zu nur 3% Zinsen vergeben wurde, ist für das Damm-Projekt vorgesehen, die andere Hälfte soll in ländliche Telefonnetze und die Reaktivierung der Eisenbahn investiert werden (ThisDay, 4.5.06).

Weder die ökologischen Folgen des Mambilla-Projekts noch seine Auswirkungen auf die in der Region ansässige Bevölkerung sind derzeit bekannt. Das Länderbüro Nigeria der Heinrich-Böll-Stiftung wird Studien zu diesem Problemkomplex erstellen, um in Zusammenarbeit mit nigerianischen Nichtregierungsorganisationen die Öffentlichkeit über die Folgen des geplanten Großprojekts aufzuklären.

4. Gewaltkonflikte: „Karikaturen-Unruhen“ und Niger Delta-Krise

Der seit langem mit großem Aufwand – darunter einem finanziellen Beitrag der EU in Höhe von über 100 Mio. Euro – vorbereitete Zensus war schon im Vorfeld stark umstritten, da die Ergebnisse von Zählungen in der Vergangenheit aus Gründen des politischen Proporz verfälcht worden waren. Der Zensus fand vom 21.-27.3.06 statt und verlief in weiten Teilen des Landes friedlich, war allerdings vielerorts von praktischen Problemen begleitet, weil Materialien fehlten oder Helfer gegen die ausbleibende Zahlung von Honoraren protestierten. In Teilen des Igbo-sprachigen Südost-Nigerias allerdings unternahm die militante ethnische Organisation MASSOB Angriffe auf Zensus-Büros und deren Angestellte, die zu mehreren Todesopfern führten. MASSOB hatte zum Boykott des Zensus aufgerufen, um gegen die Nicht-Erfassung der Kriterien „Religion“ und „ethnische Zugehörigkeit“ zu protestieren, da diese Daten nach MASSOBs Auffassung die Igbo benachteilige. Die Ergebnisse des Zensus sollen im September 2006 veröffentlicht werden und werden – wie auch immer sie ausfallen – für intensive Debatten sorgen.

Zwei Gewaltkonflikte in Nigeria haben seit Ende 2005 große internationale Aufmerksamkeit erregt. Pogrome gegen Angehörige anderer religiös-ethnischer Gruppen anlässlich des „Karikaturenstreits“ im Februar 2006 haben in Nigeria mehr Todesopfer gefordert als in allen anderen Ländern der Erde zusammengenommen.^{XI} Die erneute und fortdauernde Verschärfung der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Niger Delta seit Ende 2005 tragen wesentlich zu hohem Preisniveau und Unsicherheiten auf dem globalen Erdölmarkt bei. Beide Konflikte – so unterschiedlich sie sind – verweisen auf tief gehende Strukturprobleme des Landes und verdienen eine eingehendere Diskussion.

Die „Karikaturen-Krise“ im Februar 2006

Die Ende Januar 2006 aufkommende hitzige internationale Debatte um die zuerst im Herbst 2005 in Dänemark veröffentlichten Mohammed-Karikaturen wurde in Nigeria zunächst vor allem inner-

halb der islamischen Bevölkerungsgruppen im traditionell islamischen Norden rezipiert. Dabei war der reale Informationsstand über die komplexen Hintergründe der Kontroverse in Dänemark selbst gering; entsprechend verbreitet war die Empörung über die als bewusste Verletzung muslimischer Sensibilitäten verstandene Veröffentlichung der Karikaturen auch unter den Eliten des Nordens.

Als Ende Januar/Anfang Februar Boykottaufrufe zu kursieren begannen – in Nigeria kamen, wie anderswo, neben den klassischen Medien und Freitagsgebeten auch SMS-Nachrichten zum Einsatz – und die Angriffe auf Botschaften in Beirut, Damaskus und andernorts bekannt wurden, kam es auch in Nord-Nigeria zu Demonstrationen, so sprachen sich beispielsweise in Kano am 3.2.06 Gruppen wie die Muslim Association of Nigeria und der bekannte radikale Sheik der „Schiiten“, Ibrahim Zakzaky scharf gegen die „Blasphemie“ aus, forderten eine Entschuldigung von der dänischen Regierung und riefen zum Boykott dänischer Waren auf. Diese und andere Proteste waren zugleich begleitet von Aufrufen zu Gewaltverzicht an die muslimische Bevölkerung. Der einflussreiche Sultan von Sokoto, Muhammadu Maccido, forderte die Bundesregierung zur Schließung der dänischen Botschaft auf (Daily Trust, 2.2., 9.2., 15.2.06).

Diese auf Demonstrationen überall in der islamischen Welt verbreiteten Forderungen erhielten speziell in Kano, der alten Metropole Nord-Nigerias, eine „offizielle“ Dimension, als das Parlament von Kano State am 6.2.06 sie formell unterstützte, den Verkauf von Waren aus Dänemark (v.a. Milchprodukte) untersagte, und die Wirtschaftsbeziehungen mit Dänemark einfro; so wurde die Beendigung von Verhandlungen über Handelsbeziehungen und über den Bau eines Kraftwerks durch eine dänische Firma angeordnet. Am 7.2.06 verbrannten Parlamentarier des Bundesstaats öffentlich dänische Fahnen – eine in Nigeria unerhörte Aktion, offensichtlich nach nahöstlichem Modell, die allerdings abseits der großen Demonstration in der Stadt stattfand.

Die besonders markante Reaktion der Parlamentarier in Kano ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund ihrer laufenden Auseinandersetzungen mit der nigerianischen Bundesregierung zu sehen, die versuchte, mit juristischen Mitteln gegen die Hisbah (islamische „Wächtergruppen“) in Kano vorzugehen. Während der Gouverneur des Kano State die Hisbah als legitime (unbewaffnete) Einrichtung ansieht, die der Einhaltung der öffentlichen Ordnung nach Sharia-Regeln dient, betrachtet die nigerianische Bundesregierung sie als einen (von der nigerianischen Verfassung nicht erlaubten) Versuch der Regierung von Kano State, sich eine eigene Staatspolizei zuzulegen, und stellte die Tatsache, dass die Hisbah Unterstützung aus dem Ausland unterhalte (oder jedenfalls den Versuch unternom-

men habe, solche zu erhalten) als Einstiegspunkt für Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken dar.

Die politische Vertretung der christlichen Kirchen (Christian Association of Nigeria – CAN) veröffentlichte bereits unmittelbar nach den ersten verbalen Protesten und Boykottaufrufen am 2.2.02 eine Erklärung, in der sie die Veröffentlichung der Karikaturen ebenfalls verurteilte. Ihr Generalsekretär erklärte gegenüber BBC: „Die Veröffentlichung war völlig unangebracht in einer Zeit, in der die Welt nach Frieden sucht“.XII

Diese Erklärung war sicher auch eine taktische Reaktion, die die Ängste der christlichen Bevölkerung Nord-Nigerias vor gewaltsamen Übergriffen reflektierte, zu denen es 14 Tage später tatsächlich kam. Aber sie ging über rein taktische Überlegungen hinaus. Wie Afrika überhaupt, ist auch die nigerianische Gesellschaft tief religiös: die Bedeutung der Religion in Alltagsleben und Politik ist in den letzten Jahrzehnten stark angewachsen ist. Dies gilt für Muslime ebenso wie für Christen, bei letzteren belegt durch das rapide Wachstum neuer Pfingstkirchen seit den 1990er Jahren.

Diese verfolgen teilweise recht aggressive Konzepte von „Missionierung“ und machen den etablierten Kirchen (Anglikanern, Katholiken u.a.) sehr erfolgreich Konkurrenz. Ihre Betonung „charismatischer“ Religiösität und ihr Einsatz neuer Formen von Organisation und Publizität ist stilbildend geworden und wird teilweise sogar von islamischen Organisationen aufgegriffen, z.B. durch die Nasrul-Lahi-il-Fathi Society of Nigeria (NASFAT), einer populären Laienorganisation. Auch die christliche Bevölkerung Nigerias steht dem Bedeutungsverlust der Religion in Europa mit Unverständnis gegenüber. Viele Christen hielten die Veröffentlichung von Karikaturen, die die religiösen Gefühle anderer verletzen, für grundsätzlich unakzeptabel – das gilt selbst für die christlichen Eliten in Süd-Nigeria, die den Wert der Pressefreiheit durchaus hoch schätzen und den Muslimen Nord-Nigerias mit großer Distanz gegenüberstehen, diese gar pauschal für irrational und gewaltbereit halten.

Auch in Süd-Nigeria (v.a. im südwestlichen Yorubaland und Lagos, wo es einen hohen muslimischen Bevölkerungsanteil gibt) kam es zu vereinzelt Protesten. Nach einer Demonstration am dänischen Konsulat in Lagos, die zwar angekündigt war, zu der – bei starker Präsenz von Sicherheitskräften – allerdings kaum Teilnehmer erschienen, organisierte die Muslim Student's Society am 17.2.06 eine größere Demonstration bei der Staatsregierung in Lagos. Gouverneur Bola Ahmed Tinubu – selbst Muslim – verurteilte die Karikaturen, warnte aber vor Gewalt und sorgte durch Gespräche mit lokalen politischen und religiösen Führern dafür, den Frie-

den in der von ethnischen Gruppen aus allen Landesteilen bewohnten Megacity zu sichern.

Am Samstag, den 18.2.06, kam es jedoch zur Eskalation: In Maiduguri (Borno State) im äußersten Nordosten Nigerias zog im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Karikaturen ein Mob durch die Fremdenviertel der Stadt und brannte Geschäfte und Kirchen nieder. Bei diesen Pogromen in der ansonsten als eher liberal und friedfertig bekannten Stadt kamen laut CAN über 50 Menschen ums Leben. In den nächsten Tagen folgten weitere Übergriffe gegen Christen und ihre Häuser, Geschäfte und Kirchen in zahlreichen anderen Städten Nord-Nigerias. Ab Dienstag, dem 21.2.06, kam es dann zu Racheakten in Südost-Nigeria in bisher ungesehener Größenordnung: Nachdem in Onitsha und Nachbarorten in der Igbo-sprachigen Region die ersten Leichen von Opfern der Angriffe in Maiduguri eingetroffen waren, wurden Muslime nordnigerianischen Ursprungs (nicht aber Yoruba-Muslime) von jugendlichen Banden und Vigilante-Gruppen regelrecht „selektiert“ und ermordet und zahlreiche Moscheen niedergebrannt.

Die Zahl der Opfer lag nach Zeitungsberichten in der Größenordnung von 100, möglicherweise noch weit darüber (ThisDay, 23., 24.2.06; vgl. auch „tageszeitung“, 25.3.06, S. 14). Der Gouverneur von Anambra State verhängte eine Ausgangssperre über Onitsha. An den Brennpunkten der Pogrome flohen Tausende in den Schutz von Bundeseinrichtungen, insbesondere Kasernen des Militärs. Erst zum folgenden Wochenende hin beruhigte sich die Lage landesweit. Eine Reihe von Gewalttätern wurde verhaftet, aber eine umfassende juristische Behandlung und politische Aufarbeitung der Pogrome ist nicht zu erwarten.

So genuin die Verärgerung nigerianischer Muslime über die dänischen Mohammed-Karikaturen auch war – der Gewaltausbruch in Nord-Nigeria ist nicht ausschließlich auf diesen Auslöser zurückzuführen. Schon während der Unruhen sprachen Zeitungsberichte von einem Zusammenhang mit dem innenpolitischen Konflikt um Obasanjo's third-term bid. Maiduguri und Katsina (wo es am 18.2.06 ebenfalls zu Ausschreitungen gekommen war, allerdings in kleinerem Ausmaß) waren die Standorte für regionale Konsultationen zur Vorbereitung der umstrittenen Verfassungsänderung, und Kritik an ihr war Teil der Demonstrationen an beiden Orten. Innenpolitischer Konflikt und internationaler Streit gingen hier eine besonders brisante Mischung ein.

Die Angriffe und Gegenangriffe im Februar 2006 folgten einem Gewaltmuster, das sich in Nigeria seit den neunziger Jahren etabliert hat. In Konfliktkonstellationen unterschiedlichster Art (das Spektrum reicht von lokalen Land- und anderen Ressourcenkonflikten zwischen Angehörigen verschiedener ethnisch-religiöser

Gemeinschaften, wie 2004 in Plateau State, bis hin zu internationalen Kontroversen wie jetzt dem „Karikaturenstreit“) werden Angehörige von Migrantengruppen, die in den „falschen“ Landesteilen leben, als leicht greifbare Opfer quasi „als Geiseln genommen“ und angegriffen.

In einem Land, in dem Millionen von Menschen in Landesteilen fernab ihres Herkunftsortes leben, dort aber oft nur als „Bürger zweiter Klasse“ mit minderen politischen Rechten gelten, löst dies schnell Eskalationen von Gewalt und Gegengewalt aus. Aus der überall präsenten großen Anzahl armer und perspektivloser Jugendlicher sind Gewalttäter schnell mobilisiert. Auch wenn die große Mehrheit der Bevölkerung auf allen Seiten solche Gewaltakte missbilligt, eskaliert diese Logik der „Gruppenverantwortlichkeit“ schnell und wird regelrecht zum Bestandteil eines von Gewaltdrohungen charakterisierten politischen Diskurses in Nigeria. So erklärte der Präsident von CAN nach den Angriffen in Maiduguri am 21.2.06, die „Opfer, die die Christen in diesem Land für die friedliche Koexistenz mit Personen anderen Glaubens gemacht haben, sind bedauerlicherweise als Schwäche verstanden worden. (...) Wir möchten unsere muslimischen Brüder daran erinnern, dass sie das Monopol der Gewalt in diesem Staat nicht haben. (...) CAN könnte außerstande sein, unsere unruhige Jugend zu bändigen, falls sich dieser Trend fortsetzen sollte.“^{XIII} Tatsächlich begannen die Pogrome gegen nordnigerianische Muslime in Onitsha noch am selben Tag. Viele (aber nicht alle!) Eskalationen dieser Art haben ihren Ausgangspunkt in Nord-Nigeria; und nicht nur im Februar 2006 endeten sie erst, nachdem beide Seiten gezeigt haben, zu welchen Gräueltaten sie fähig sind.

Ob diese Logik von Gewalt und Gegengewalt zum Ausbruch kommt, hängt aber auch wesentlich vom Verhalten lokaler Akteure ab. Im Februar 2006 boten der Gouverneur von Lagos und der Emir von Kano gute Beispiele dafür, dass energisches Eingreifen staatlicher und parastaatlicher Akteure und ihre Einflussnahme auf lokale Repräsentanten der ethnischen und religiösen Gruppen das Risiko von Gewaltausbrüchen wesentlich verringern kann. Allerdings sind vielerorts ethnische Minoritäten aufgrund der in vielen Aspekten auf dem Prinzip der „Indigenität“ beruhenden formellen politischen Ordnung Nigerias nur schlecht repräsentiert und damit auch nur begrenzt für staatliche Akteure erreichbar.

Das Nigeria-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt lokale Initiativen in ethnisch und religiös heterogenen, vor allem urbanen Konfliktgebieten (in Lagos, Ibadan, Kaduna, Kano und Birnin-Kebbi), die Repräsentanten lokaler Gruppen zu Dialogen und Konfliktmediationstrainings zusammenbringen und dadurch auch zur Schaffung von „Frühwarnsystemen“ und Deeskalationsmechanismen auf lokaler Ebene beitragen. Dabei versucht die Stiftung ins-

besondere die Beteiligung von Frauen in solchen Konfliktmanagement-Prozessen zu stärken – ein in Nigeria bislang weitgehend unerforschtes Feld. In Lagos arbeitet die Civil Liberties Organisation, unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung, daran, im Vorfeld der für das Frühjahr 2007 geplanten Wahlen ein Abkommen zwischen militanten ethnischen Gruppen in der Stadt herbeizuführen, das eine friedliche Durchführung von freien und fairen Wahlen sichern soll. Darüber hinaus unterstützt das Büro Bildungsmaßnahmen des International Press Centre in Lagos: zur Weiterbildung von Journalisten wird ein Curriculum für eine objektive und deeskalierende Berichterstattung in religiösen Konfliktsituationen erarbeitet.

Neue Eskalationen im Niger Delta

Die Lage im Niger Delta – einer Region, die zu einem erheblichen Teil auch im nigerianischen Vergleich unterentwickelt geblieben ist, obwohl aus ihr als Zentrum der nigerianischen Ölindustrie seit Anfang der 1970er Jahre der Löwenanteil der nigerianischen Export- und Staatseinnahmen stammt – spitzte sich seit Dezember 2005 erneut zu. Seit Jahren herrscht hier ein bürgerkriegsähnlicher Zustand mit sehr unübersichtlichen Frontlinien, die nicht nur zwischen von der Ölförderung betroffenen lokalen Gemeinschaften und den Ölgesellschaften bestehen, sondern auch zwischen konkurrierenden lokalen Gemeinschaften, und teilweise auch zwischen diesen und dem nigerianischen Staat. Zudem ist eine regelrechte „Kriegsökonomie“ entstanden, in der die verbreitete Unsicherheit zahlreiche, mehr oder weniger unabhängige Gewaltakteure (Milizen, „Jugendgangs“, „Sicherheits“-Unternehmer u.ä.) „ernährt“. Sie sind in Mafia-artige Strukturen und den Diebstahl von Rohöl in großem Maßstab („oil bunkering“) involviert und legitimieren ihre Aktivitäten zugleich mit Hinweis auf die Diskriminierung des Niger Delta und seiner Bevölkerung.

Am 20.9.05 wurde der Ijaw-Führer Mujahid Dokubo-Asari, der im Herbst 2004 nach Kriegsdrohungen einen „Waffenstillstand“ mit der Bundesregierung geschlossen hatte, verhaftet (siehe Abschnitt 1). Bald darauf geriet der Gouverneur des Bayelsa State, Diepreye Alamieyeseigha, unter Druck, wurde in London verhaftet, floh im November nach Nigeria und wurde im Dezember aus dem Amt gejagt und verhaftet (siehe Abschnitt 2). Beide Schritte gegen diese recht unterschiedlichen – und aus durchaus verschiedenen Gründen umstrittenen – politischen Führer aus dem Niger Delta bildeten den Hintergrund der erneuten Eskalation im Delta.

Diese begann am 20.12.05 mit einem Anschlag auf eine Pipeline in der Nähe von Port Harcourt. Am 11.1.06 wurden vier ausländische Ölarbeiter von einer Offshore-Ölförderplattform in Küstennähe entführt. Kurz darauf meldete sich mit dem Movement for the

Emancipation of the Niger Delta (MEND) eine bisher unbekannte Gruppe und forderte neben der Freilassung von Dokubo-Asari und Alamieyeseigha auch den vollständigen Abzug der Ölfirmen aus dem Delta. Mitte Februar griffen Hubschrauber der für die Sicherheit im Niger Delta zuständigen Joint Task Force (auch Operation Restore Hope genannt) „oil bunkerers“ an und zerstörten das Dorf Okerenkoko in der Nähe von Warri (Delta State), was nach Angaben lokaler Führer 15 Todesopfer unter der Dorfbevölkerung forderte (ThisDay, 17.2.06).

Nach diesen Angriffen und im Vorfeld der OPEC-Konferenz kündigte MEND – inzwischen bekannt für die technische „Professionalität“ ihrer Aktionen und ihre Medienstrategie, die regelmäßige Kommunikation mit den Medien per E-mail einschloss – Anfang März an, die Stilllegung von einer Million bpd Erdöl-Produktionskapazität erzwingen zu wollen (ThisDay, 7.3.06). Seither ist es immer wieder zu neuen Angriffen auf Einrichtungen von Ölfirmen und weiteren Entführungen gekommen. Am 19.4.06 explodierte eine Autobombe im Bori Camp, einer schlecht gesicherten Kasernenanlage in Port Harcourt (Rivers State), und forderte zwei Todesopfer. Zehn Tage später explodierte eine weitere Autobombe auf einem Parkplatz für Tanklastzüge in Ekpan (Delta State), in unmittelbarer Nähe der Raffinerie von Warri und des Hauptquartiers der JTF. Die Explosion in Ekpan erfolgte Samstagabend, so dass die geparkten Tanklastzüge leer waren; zu einem anderen Zeitpunkt gezündet, hätte die Bombe an diesem Ort womöglich weitreichende Verwüstungen angerichtet.

Anschläge dieser Art waren in Nigeria bisher weithin unbekannt und markierten eine weitere Eskalationsstufe. Hinter den fortdauernden Angriffen und Entführungen steht offenkundig keine einzelne Organisation wie die eher schattenhafte MEND, sondern vermutlich getrennt operierende Gruppen, die sich erfolgreiche Angriffe anderer Akteure zum Vorbild nehmen.

Während es in den Gefechten zwischen Militanten und Sicherheitskräften im Niger Delta immer wieder Todesopfer gab, sind die Entführungen ausländischer Ölarbeiter bisher glimpflich abgelaufen. Nach Verhandlungen, die Regierungsstellen ebenso wie lokale Führer einbezogen, sind bisher alle Entführten wieder freigekommen, ohne dass wesentliche politische Forderungen erfüllt worden wären; allerdings ist davon auszugehen, dass erhebliche Summen Lösegeld gezahlt oder zumindest zugesagt wurden. Die Grauzone zwischen politischer Militanz, Geschäft und Kriminalität ist im Niger Delta breit und unübersichtlich.^{XIV}

Zugleich haben die seit vielen Jahren währenden Auseinandersetzungen im Niger Delta und insbesondere die Debatten über eine angemessene Aufteilung der Öleinnahmen („Resource Control“) in

der Region selbst zu einer breiten politischen Mobilisierung geführt, aus der allerdings keine geschlossene politische Bewegung entstanden ist, sondern eine Vielzahl einzelner, oft miteinander konkurrierender politischer Gruppierungen und Gewaltakteure.

Manche der jüngsten Anschläge und Entführungen werden erst vor dem Hintergrund älterer Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und Ölfirmen verständlich. Im Jahr 2001 bereitete Shell den Bau einer schwimmenden Ölproduktions- und Tankanlage neuer Technologie für die Ölförderung in großen Meerestiefen („Floating Production, Storage and Offloading“ – FPSO) vor, die heute als „Sea Eagle“ bekannt ist. Die Firma schloss in diesem Zusammenhang mit den anliegenden Küstendörfern ein „Memorandum of Understanding“ (MOU) ab, das bestimmte Leistungen der Firma an die Dörfer vereinbarte – ein im Niger Delta seit vielen Jahren etabliertes Verfahren, das allerdings auch immer wieder zu Konflikten führt. Bereits Ende 2004 kritisierte der Gouverneur des Bayelsa State Shell dafür, das Übereinkommen nicht einzuhalten und insbesondere keine lokalen Arbeitskräfte zu beschäftigen; zugleich sprach er sich und seine Administration von jeglicher Verantwortung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Ölfirmen und lokalen Gemeinschaften frei (Guardian, 30.12.04).

Die Entführung der vier ausländischen Ölarbeiter am 11.1.06, die die neue Eskalation im Niger Delta einleitete, fand auf der Sea Eagle statt. Auch wenn es nach den Entführungen in der Presse hieß, die lokalen Gemeinschaften hätten keine ausstehenden Forderungen gegen Shell mehr, die „die Entführung von Ölarbeitern gerechtfertigt hätten“ (Guardian, 13.1.06), spielten Konflikte um das MOU und andere unerfüllte Erwartungen lokaler Akteure in der neuen Eskalation offenkundig eine Rolle. Als Folge des Angriffs und der Entführungen fiel die „Sea Eagle“ – und mit ihr eine Produktionskapazität von bis zu 170.000 bpd – monatelang aus. Reparaturen zur Wiederinbetriebnahme konnten überhaupt erst wieder in Angriff genommen werden, nachdem Shell der nigerianischen Marine ein Patrouillenschiff zur Sicherung der umliegenden Gewässer beschafft hatte.

In den jüngsten Eskalationen im Niger Delta werden dramatische Entwicklungen deutlich, die die Preissprünge auf den internationalen Rohölmärkten, welche immer wieder auch aus Nachrichten aus Nigeria gespeist werden, durchaus rechtfertigen. Erstens betrifft der Konflikt inzwischen nicht mehr nur einzelne Standorte; vielmehr wirkt die durch das Zusammenspiel von Lokalkonflikten, Anschlägen und Entführungen geschaffene Unsicherheit inzwischen flächendeckend – daher die im Juni 2006 bekannt gewordenen Daten, wonach aufgrund der unsicheren Lage im Juni eine Produktionskapazität von 800.000 bpd brachliege, was einem Drittel von Nigerias offizieller Ölproduktion entspricht (siehe Ab-

schnitt 3). Dabei scheint vor allem Shell (und nicht so sehr andere, kleinere Ölfirmen) das Hauptopfer zu sein.

Zweitens betrifft das Klima der Unsicherheit nicht etwa nur die Ölförderung auf dem Festland. Vielmehr hat es seit Anfang 2006 mehrere Angriffe auf Offshore-Anlagen gegeben, so dass die (angeblich seit mehreren Jahren verfolgte und von den notwendigen Investitionen her teurere) Strategie der Ölfirmen, Exploration und Förderung auf die offene See zu verlegen, nicht mehr in vollem Umfang greift. Bereits Ende 2003 hatte eine im Auftrag von Shell erstellte Risiko- und Konfliktstudie davor gewarnt, dass die Firma, falls sie ihre Beziehungen zu den „Gastgeber-Gemeinschaften“ nicht verbessere, womöglich in wenigen Jahren die Ölproduktion auf dem Festland aufgeben müsse. Inzwischen scheinen die Risiken der Offshore-Produktion nicht mehr wesentlich geringer zu sein. Ein Angriff auf eine Shell-Fördereinrichtung im Mai 2006, bei dem es erneut zu Entführungen kam, fand 60 km weit von der Küste entfernt auf offenem Meer statt. Zur Durchführung wurden Boote mit Hochleistungsmotoren verwendet, die Shell zuvor im Rahmen eines Dorftwicklungsprojekts bereitgestellt hatte.

Dennoch bleibt die Ausweitung der Offshore-Produktion (mit immer größeren schwimmenden Fördereinrichtungen wie der im November 2005 in Betrieb genommenen FPSO Bonga, die eine Produktionskapazität von rund 200.000 bpd hat) für die internationalen Ölfirmen die Strategie erster Wahl. Die Erschließung neuer Ölförderung auf dem Festland findet inzwischen vor allem durch kleinere nigerianische Firmen statt, die Lizenzen für sogenannte „marginal fields“ erhalten, d.h. für Gebiete, an deren Ausbeutung die großen Firmen aufgrund ihrer hohen laufenden Kosten nicht interessiert sind. Die „marginal fields“-Strategie bedient zwei Zielvorgaben zur gleichen Zeit: Sie erlaubt wohlhabenden Nigerianern den Einstieg in den lukrativen Ölsektor, und man erwartet sich von ihr auch eine Entschärfung der Konflikte, da nigerianische Firmen ihre Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften flexibler gestalten können als die stärker an Regeln der „corporate governance“ gebundenen Auslandsfirmen. Ob ein solcher Strategiewechsel allerdings wirklich der Bevölkerung der lokalen Gemeinschaften in den ölproduzierenden Gebiete zugute käme – und nicht nur vor allem deren selbsternannten und/oder bewaffneten Führern – ist eine andere Frage.

In Reaktion auf die eskalierende Krise im Niger Delta bildeten die USA und Nigeria Ende 2005 ein gemeinsames Komitee zur Sicherheitskoordination in der Region (ThisDay 9.12.05). Die US-Marine ist im Golf von Guinea präsent, und Gerüchte über Pläne für ein verstärktes militärisches Engagement wollen nicht enden. Anfang Juni 2006 berichteten Medien, die nigerianische Regierung habe eine US-Firma damit beauftragt, High-Tech-

Überwachungssysteme zur Sicherung von Ölanlagen und Pipelines zu installieren.XV

Ein Indiz für die Ratlosigkeit der nigerianischen Regierung, aber auch ihre Einsicht, dass das Niger Delta-Problem nicht mehr militärisch lösbar ist, sind jüngste Berichte, wonach lokale Interessengruppen einschließlich militanter Führer inzwischen nicht mehr allein durch Aufträge am Rande der Ölindustrie (etwa für Sicherheits- oder Transportdienstleistungen), sondern sogar durch Vergabe von „oil blocks“, d.h. regulären Ölexplorationslizenzen, die normalerweise an den Höchstbietenden versteigert werden, integriert und ruhig gestellt werden.XVI

Eine politische Lösung der Niger Delta-Krise scheint heute weiter entfernt als je zuvor, selbst wenn eine politische Aushandlung der „Ressourcenkontrolle“ zustande käme. Die NPRC hatte sich Mitte 2005 nicht auf eine Erhöhung der „Derivationsquote“ einigen können. Eine Vielzahl von Forderungen kursiert seither – sie reichen von 25% als „vorläufig“ akzeptablem Minimum über 50% (dies wäre eine Rückkehr zum fiskalischen Föderalismus aus der Zeit vor dem Öl-Boom, als die Landwirtschaft das Rückgrat der nigerianischen Ökonomie und des Exports bildete) bis hin zu „one hundred per cent resource control“, d.h. einer vollständigen Übernahme der Kontrolle über die Öleinnahmen durch die ölproduzierenden Bundesstaaten; diese würden dann – über Besteuerung oder andere Mechanismen – einen Teil ihrer Einnahmen an die Föderation und ihre anderen Mitglieder zurückfließen lassen.

Der Verfassungsänderungsvorschlag, der auch den *third term* hätte ermöglichen sollen, enthielt das Angebot, die Derivation von 13% auf 18% zu erhöhen, wie dies bereits von der NPRC diskutiert worden war; selbst gemäßigte politische Führer des Niger Delta lehnten dieses Angebot rundweg als zu gering ab und forderten weiterhin 25% als Minimum (Vanguard, 13.3.06).

Diese Debatte wird sich fortsetzen, und es erscheint durchaus denkbar, dass es in absehbarer Zeit zu einer Erhöhung der Derivationsquote kommen wird, auch wenn es dagegen starken Widerstand vor allem aus Nord-Nigeria gibt. Allerdings erscheint es angesichts der Vielzahl voneinander unabhängiger Akteure im Delta, die eigene Strategien verfolgen, den Regierungsinstitutionen nicht trauen und zumindest teilweise aus der aktuellen Unsicherheit mehr Gewinn ziehen, als sie es aus einer verhandelten Lösung könnten, unwahrscheinlich, dass eine graduelle Erhöhung der Derivationsquote zu einem dauerhaften Frieden im Niger Delta führen würde.

Ausblick

Die für das Frühjahr 2007 anstehenden Wahlen stellen für Nigeria die größte Herausforderung in den kommenden 12 Monaten dar. Schon die Vorbereitung einer von größeren Manipulationen freien und fairen Wahl ist schwierig genug. Das Misstrauen aufgrund der Erfahrungen von 2003 sitzt tief. Laut „Afrobarometer“-Umfrage betrachten 41% aller Nigerianerinnen und Nigerianer die Wahlen von 2003 im Rückblick als „nicht frei und fair“, und weitere 22% stimmten der Aussage zu, es habe damals „große Probleme“ gegeben. Auch wenn die absurdesten Vorschläge zur Wahlreform – etwa die Verwendung elektronischer Wahlgeräte, ein unter nigerianischen Verhältnissen völlig intransparentes Verfahren – inzwischen vom Tisch sind, werden die Diskussionen um Details der Wahldurchführung intensiv fortgeführt. Dabei ist die Angst vor Wahlfälschungen ebenso verbreitet wie die vor Gewaltausbrüchen, die aus dem Einsatz von „thugs“ und Milizen durch einige der Kandidaten resultieren könnte.

Eine weitere Herausforderung besteht in der Kandidaten-Vorauswahl durch die Parteien. Nach dem Ende des *third term bid* standen Mitte 2006 zahlreiche Optionen offen. Es schien nicht mehr ganz so sicher wie in der Vergangenheit, dass die PDP ihre bisherige Dominanz in weiten Landesteilen aufrecht erhalten könnte – und das Vertrauen in diese quasi automatische Dominanz war und ist der wichtigste einzelne Grund dafür, warum starke und finanzkräftige Kandidaten (und einige Kandidatinnen) primär die PDP-Kandidatur für ein politisches Amt suchen. Falls die PDP im Nachklang zur *third term*-Auseinandersetzung oder bei der Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten in eine ernstliche Krise gerät oder sich spaltet, könnte es mit diesem Mechanismus, der einer „selbsterfüllenden Prophezeiung“ nahekommt, zu Ende gehen.

Die innerparteilichen Spannungen sind groß: Die politischen Eliten des Nordens beharren nach dem Ende des *third term bid* darauf, dass das Amt „in den Norden zurückkehrt“; im günstigsten Falle könnte dies die Kandidatur eines der als effizienter geltenden PDP-Gouverneure aus dem Norden sein, etwa Amadu Muazu aus Bauchi State. Ähnliche Ansprüche werden allerdings auch aus anderen Landesteilen geäußert – etwa im südöstlichen Igboland, wo die seit Ende des Bürgerkriegs 1970 immer wieder erhobene Forderung nach einer „Igbo-Präsidentschaft“ wieder einmal bereits an der Unfähigkeit der ethnischen Eliten scheitern wird, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, der auch anderswo im Land akzeptabel wäre, zu verständigen.

Der „South-South“ – die Bundesstaaten der ethnischen Minoritäten des Südens – argumentiert gleichermaßen, er habe in der Ge-

schichte Nigerias seit der Unabhängigkeit noch nie einen Präsidenten gestellt; allerdings ist schwer vorstellbar, dass die Kombination von politischer Macht (Präsidentschaft) und ökonomischer Bedeutung (die Ölproduktion des „South South“ als wichtigster Einkommensquelle des nigerianischen Staats) für andere Regionen des Landes akzeptabel wäre, am wenigsten für den Norden. Die „Schwergewichte“ aus der Zeit der Militärherrschaft, Ibrahim Babangida und Muhammadu Buhari, machen weiter ihre Ansprüche geltend, und Vizepräsident Atiku Abubakar, bereits jetzt durch Korruptionsvorwürfe belastet, wird ein exzellentes Netzwerk nachgesagt, das er für eine Präsidentschaftskandidatur einsetzen wird – eher in einer anderen Partei als der PDP.

Die in der internationalen Gemeinschaft und dem Privatsektor beliebte Option einer Präsidentschaftskandidatur aus den Reihen der „Technokraten“ (speziell der bisherigen Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala) dürfte angesichts der Tatsache, dass die Reformer über keine eigenen politischen Netzwerkstrukturen verfügen und im wesentlichen vom Präsidenten selbst abhängig sind, wenig realistisch sein.

Über die Wahlen im Frühjahr 2007 hinaus besteht die größte Herausforderung für Nigeria in der Reformpolitik – und zwar gleichermaßen in ihrer Fortführung und der Sicherung ihrer Legitimität in der Bevölkerung. Mitte 2006 erschien es eher unwahrscheinlich, dass Auseinandersetzungen über die Reformpolitik im Wahlkampf eine wesentliche Rolle spielen werden – dazu ist die politische Kultur Nigerias nach wie vor zu stark vom Denken in ethnisch-regionalem Proporz kategorien geprägt. Aber innerhalb dieses Rahmens sind durchaus Debatten über die Ausgestaltung von Reformpolitik möglich.

In ihrer Regierungszeit von über sieben Jahren hat es die Obasanjo-Regierung zwar vermocht, wichtige Reformprojekte anzustoßen (so sind neben der Telekommunikationsrevolution auch die Antikorruptionsmaßnahmen populär). Doch haben die Reformen bislang die wirtschaftliche Situation insgesamt und speziell die Lebensbedingungen der „kleinen Leute“ nicht wesentlich verbessert. Viele Menschen im Land nehmen ihre Auswirkungen sogar negativ wahr. Die Obasanjo-Regierung hat es nicht geschafft, zumindest die Situation in einigen Bereichen, die das Alltagsleben unmittelbar beeinflussen, zu verbessern. Die Krise der Stromversorgung, die Mitte 2006 katastrophale Ausmaße erreichte, stellt das markanteste Beispiel dieses Scheiterns dar. All dies stellt die Popularität und Legitimität der Reformpolitik selbst infrage.

Internationale Beobachter sollten sich nicht wundern, wenn die von ihnen weithin anerkannten Reformfortschritte im Lande selbst weniger wertvoll erscheinen und die Formeln „Stabilität“ und

„Fortführung der Reformprozesse“ im Wahlkampf weit weniger positiv besetzt sind, als sie es vielleicht erwarten. Präsident Obasanjo hat durch seine Weigerung, dem *third term bid* rechtzeitig ein Ende zu setzen, seinen Teil dazu beigetragen, dass viele Nigerianerinnen und Nigerianer mit der Formel von der „Kontinuität der Reform“ weniger sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt verbinden als vor allem eine Strategie zur Machterhaltung des Präsidenten.

Nigeria hat zur Fortsetzung der unter Obasanjo vor allem seit 2003 begonnenen Reformpolitik jedoch auch keine realistische Alternative. Deren konkrete Ausgestaltung und Wirksamkeit wird allerdings nicht allein von der Person des im Frühjahr 2007 gewählten Präsidenten abhängen, sondern auch von der Einflussnahme und dem Druck, den die Öffentlichkeit, der Privatsektor und die nigerianische Zivilgesellschaft ausüben. Die nigerianische Menschenrechtsbewegung verlor mit Chima Ubani, dem Direktor der Civil Liberties Organisation, und Beko Ransome-Kuti in den letzten zwölf Monaten zwei ihrer markantesten Persönlichkeiten, doch hat sich die nigerianische Zivilgesellschaft in allen ihren Erscheinungsformen – Nichtregierungsorganisationen, Medien, Gewerkschaften, berufsständische Gruppen u.a. – seit dem Ende der Militärherrschaft stark erweitert.

Das Länderbüro Nigeria der Heinrich-Böll-Stiftung in Lagos wird auch in Zukunft die kritische und konstruktive Auseinandersetzung der nigerianischen Zivilgesellschaft mit wichtigen Aspekten des Reformprozesses (Transparenz öffentlicher Finanzen, Privatisierungs- und Handelspolitik, Einbeziehung von Gender-Aspekten in Reformprojekte), aber auch Projekte zur Rechtshilfe und politischen Bildung auf „grassroots“-Ebene (speziell, aber nicht ausschließlich für Frauen) sowie Aktivitäten im Bereich Konfliktmanagement, speziell in ethnisch und religiös heterogenen städtischen Bezirken, unterstützen.

ENDNOTE

ⁱ <http://www.afrobarometer.org/papers/AfrobrieffNo35.pdf>

ⁱⁱ Für Details zu Transcorp vgl. *Africa Confidential*, 47, 11 (26.5.06).

ⁱⁱⁱ BBC Africa News, 5.1.06,

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/4583282.stm>

^{iv} Die Daten werden in den Printmedien und im Internet publiziert, vgl. <http://www.fmf.gov.ng/detail.php?link=faac>.

^v Die Berichte geben einen guten Einblick in die komplexe Funktionsweise der nigerianischen Ölindustrie und sind auf der Webseite der *Nigerian Extractive Industries Transparency Initiative* (NEITI) veröffentlicht (<http://www.neiti.org>).

^{vi} Die Umfrageergebnisse wurden erst im Mai 2006 vollständig veröffentlicht, vgl. <http://www.afrobarometer.org/Summary%20of%20Results/Round%203/nig-R3SOR-18may06-final.pdf>.

^{vii} Vgl. dazu Studien des *World Values Survey*, www.worldvaluessurvey.com, nach denen die Bevölkerung Nigerias zu den glücklichsten Menschen der Erde zählt.

^{viii} Andere Beurteilungen der Wirtschaftsreformpolitik in der „Afrobarometer“-Umfrage erscheinen auf den ersten Blick ebenso widersprüchlich. So stimmten 67% der Befragten der Aussage zu, dass „alle Angestellten des öffentlichen Dienstes weiter beschäftigt werden sollten, auch wenn ihre Gehälter hohe Kosten für das Land verursachen“, was eine Ablehnung der geplanten Reformen impliziert, die die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verbessern sollen. Zugleich waren 66% der Befragten bereit, im Interesse höherer Bildungsstandards auf „kostenlose Schulbildung“ zu verzichten und Schulgebühren zu zahlen. Letzteres reflektiert nur die Realität, in der zahlreiche Eltern bereits heute ihre Kinder auf Privatschulen schicken; dies gilt auch für viele ärmere Haushalte, da zumindest in Süd-Nigeria Bildung nach wie vor eine sehr hohe Wertschätzung genießt. Solche scheinbar widersprüchliche Umfrageergebnisse werden erst vor dem Hintergrund der konkreten Erfahrung der nigerianischen Gesellschaft verständlich: Einerseits sind „sozialstaatliche“ Wertvorstellungen (z.B. über ein Recht auf Versorgung mit bestimmten öffentlichen Gütern) verbreitet, die vor allem aus den sechziger Jahren und der Ölboom-Ära der siebziger Jahre stammen. Andererseits kollidieren solche Wertvorstellungen mit den realen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und vor allem der mangelnden Leistungsfähigkeit staatlicher Einrichtungen in eklatanter Weise. In der Realität wird mit diesem Auseinanderklaffen zwischen Werten/Rechten und ihrer praktischen Realisierbarkeit durchaus pragmatisch umgegangen, ohne die Wertvorstellungen als solche außer Kraft zu setzen oder zu revidieren.

^{ix} Central Bank of Nigeria, Research and Statistics Department: *Economic Report for the First Quarter 2006*, S. 2, <http://www.cenbank.org/OUT/PUBLICATIONS/REPORTS/RD/2006/MRP-03-06.PDF>; alle Daten im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 2005.

^x Beobachtungen des Autors in Yenagoa, 11.-12.5.06.

^{xi} Einen vermutlich unvollständigen Überblick gibt http://en.wikipedia.org/wiki/Economic_and_human_costs_of_the_Jyllands-Posten_Muhammad_cartoons_controversy.

^{xii} BBC Africa News, 3.2.06,

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/4677570.stm>.

^{xiii} <http://www.anglicancommunion.org/acns/articles/41/00/acns4113.cfm>.

^{xiv} Details über die Verhandlungen zur Freilassung von Entführten und Angaben zu den Akteuren aus der Grauzone der Kriegsökonomie, finden sich in Beiträgen in *Africa Confidential*, Vol. 47, Nr. 2 (20.1.06), 3 (3.2.06) und 6 (17.3.06). In den nigerianischen Medien werden solche Informationen nicht in systematischer Weise veröffentlicht.

^{xv} African News Dimension, 5.6.06, „Nigeria hires US firm to secure oil installations“,

<http://www.andnetwork.com/index?service=direct/0/Home/recent.fullStory&sp=137544>.

^{xvi} Laut Punch, 22.5.06, erhielten zwei „indigene“ Firmen in Frühjahr 2006 „oil blocks“, was von militanten Gruppen als „Bestechung“ verurteilt wurde. ThisDay, 26.6.06, schrieb in einem (allerdings bislang von anderen Quellen unbestätigten) Bericht, die Bundesregierung habe – auch auf Druck der USA und Großbritanniens – der militanten Gruppe *Federated Niger Delta Ijaw Communities* (FNDIC) einen „oil block“ in der Nähe von Escravos zugeteilt. Die FNDIC und ihre Führer sind 1997 im Zusammenhang mit ethnischen Unruhen in Warri (Delta State) und den Angriffen gegen die Ölgesellschaften am selben Ort im Jahre 2003 bekannt geworden, vgl. *Africa Confidential* 47, 6 (17.3.06).